

# Harzburger Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode  
Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

**Bezugspreis** monatlich 1.80 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 1.60 Mark. Erhalten wöchentlich 50 Pfennig und zwar mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Abbestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegengenommen. Anzeigen und Druckerei: Halberstadt, Dampflag 48, Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Weber, O. m. B. S. Verantwortlich für Inhalt und Wirtschaft: Arthur Wolkenburg, für den totalen Text Wilhelm Rindermann, für Formate und Inserate Karl Zreff, sämtlich in Halberstadt.

**Anzeigenpreis** die achtspaltige Kolonelleite oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Restameile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Weggelassen ist bei der Zahlung vorstehende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Besondere nicht übernommen werden. Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Dampflag 48 (Fernruf Nr. 2314), Postfachkonto Wagnereuburg 4626 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 30.

Nr. 7

Donnerabend, den 9. Januar 1932

7. Jahrgang

## Eiserne Front.

### Die Republikaner ergreifen die Offensive.

Das politische Leben Berlins setzte nach dem Weihnachtskrieg mit einer starken Versammlungswelle ein. Nicht weniger als 59 Versammlungen politischer Vereinigungen von rechts und links fanden am Freitag abend in Berlin statt.

#### Das Reichsbanner

trat in dem Germania-Saal mit einer nachdrücklichen Kundgebung vor die Öffentlichkeit. Als die ersten Trommelwirbel des Jungbanners durch den weiten Saal hallen, war ein Raum dreimal so groß als der große Saal in der Chausseestraße nicht gewesen, um den Massen Platz zu geben. Das Reichsbanner hatte zu seiner ersten politischen Kundgebung in Berlin in diesem Jahr aufgerufen und die Republikaner waren in Massen dem Ruf gefolgt.

In der Kundgebung nahmen auch Gegner der Republik teil. Harzburger sowohl wie Kommunisten. Sie wurden Szenen des Aufbaus der Eisernen Front. Sie sahen, die Begeisterung des republikanischen werktätigen Volkes, sie hörten aber auch, daß die Zeiten des Bernhards vorbei sind.

Der Hauptredner der Kundgebung, Regierungsrat Dr. Hans Mühl, berief in seinen Ausführungen auf die Reichspräsidentenwahl. Er betonte, daß der Reichspräsident trotz aller politischen Differenzen, die ihn von den Republikanern trennen, als Hüter der Verfassung seine Pflicht getan habe. Ebenfalls stehe er turmhoch über Leuten vom Schlege eines Hitlers oder Goebbels. Es müßte jetzt klargestellt werden, wie die Republikaner sich zum Reichspräsidenten von Hindenburg stellen. Die Wahl Hindenburgs sei feierlich durch die Schuld der Kommunisten erfolgt. Wenn heute die Republikaner die Möglichkeit freier Bestimmung in Deutschland hätten, würde Hindenburg nicht ihr Kandidat sein. Um aber die Reichspräsidentenwahl eines nationalsozialistischen Volksverderbers zu verhindern, müßten auch die Republikaner das schwere Opfer bringen, für Hindenburg einzutreten.

Das Reichsbanner merke aber auch die Frage auf, ob es möglich gewesen sei, daß Brüning und Groener offiziell Hüter empfingen. Die Massen der Republikaner würden diesen Schritt nicht verstehen. Was sich im Mai auch in Preußen ereignen werde, die Eisernen Front werde Breiten niemals im Stich lassen. Mühl schloß mit den Worten: „Die Entschädigung von 1932 wird fallen, wie wir es wollen. Wenn Brüning und Seeger nur ein Haar gekrümmt nicht ausbleiben.“

Für die Staatspartei sprach Landtagsabgeordneter Grimmel.

Das Mitglied des Bundesvorstandes des Reichsbanners, Dr. Schützler sprach für die Zentrumspartei. Dem Reichsbanner sei es ernst um die Organisation der Republikaner. Die Gegenstände ergreifend die Gewalt, das Reichsbanner werde dieser Gewalt entgegenzutreten und Gefahr für die Volksrechte abwehren.

## Rücktritt Briands.

### Er tritt krank. — Laval voraussichtlich sein Nachfolger. — Tardieu Kriegsminister?

Paris, 9. Jan. (Gf). Die Rabinetttsitzung ist offiziell eröffnet. Am Freitagabend wurde bekannt, daß Laval bereits im Besitz des Demissionsfreiheits Briands ist, daß er es aber erst in einigen Tagen offiziell bekannt geben wird. Der Entschluß Briands soll dem Ministerrat in einer Unterredung mitgeteilt worden sein, die die beiden Staatsminister am Freitagvormittag im Außenministerium hatten. Briand hat dabei, wie verlautet, Laval erklärt, daß er sich gegenwärtig nicht die Strapazen zweier großer internationaler Konferenzen zumuten könne und daß die gebieterische Notwendigkeit, sich einige Zeit auszuruhen, es ihm zur Pflicht mache, sein Amt niederzulegen. Laval hat versichert, Briand von diesem Entschluß abzurufen, was ihm aber nicht gelingen zu sein scheint. Er hat Briand darauf befragt, ob er den Posten eines Staatsministers und sündigen Vertreter Frankreichs im Völkerbund annehmen würde. Briand hat dieses Anerbieten zwar nicht kategorisch abgelehnt, sich aber eine definitive Antwort vorbehalten.

Der Ministerpräsident, über die Möglichkeit dieser von einer Nachsichtengruppe vertretenen Information befragt, beschränkte sich darauf, zu erklären, daß selbst, wenn ein Demissionsfreiheits Briands vorläge, er erst am Beginn der nächsten Woche veröffentlicht werden würde. Diese Erklärung scheint eine Befähigung der Information darzustellen.

#### Nazi-Versammlung aufgelöst.

Die erste Berliner nationalsozialistische Massenversammlung nach dem Bürgerkrieg, in der Dr. Goebbels im Sportpalast sprach, fand ein fröhliches Ende. Sie wurde politisch aufgelöst. Die Rede Goebbels brachte kaum etwas Neues. Aber von ihm politische Offenbarungen oder wenigstens einige Bemerkungen zur Haltung der Nationalsozialistischen Partei bei den eingeleiteten Verhandlungen über die Reichspräsidentenwahl erwartet hatte, wurde enttäuscht. Goebbels leitete sich dreifache Angriffe auf den Reichstagsbrüning und den Berliner Vizepräsidenten Weis. Der anwesende Polizeikommissar sollte daraufhin die Versammlung auf. Allen Anwesenden nach war es Goebbels garrlich unangenehm, nicht mehr über die Verhandlungen der letzten Tage sprechen zu müssen. Die Versammlungsbesucher verließen den Sportpalast ohne Störung.

## Kopferbrechen bei Hitlers

### Heute abend Antwort.

Von nationalsozialistischer Seite wird mitgeteilt, daß die Harzburger ihre Entschädigung darüber, ob sie dem Plan der Reichspräsidentenwahl als Wiederwähler des Reichspräsidenten durch den Reichstag zustimmen werden, heute um 21 Uhr bekanntzugeben gedachten. Im Verlauf des Vor- und Nachmittags werden die Harzburger unter sich beraten. An den Beratungen werden auch die beiden Vorstehenden des Stützpunktes teilnehmen.

Hitler ist von Brüning und Groener ausdrücklich dahin informiert worden, daß der Reichspräsident keine Kandidatur zur Wiederwahl durch den Reichstag zurückziehe, sobald von irgend einer Seite irgendwelche Voraussetzungen an die Zustimmung zu seiner Kandidatur geknüpft werden sollten. Auf Grund dessen teilte sich zur Zeit die größte Wahrscheinlichkeit dafür, daß sich die Parteien schon in wenigen Wochen mitten im Kampf um die Reichspräsidentenwahl befinden. Es gibt zur Zeit nur wenige Stimmen, die vermuten, daß die Harzburger ihre Zustimmung zu der Verlängerung der Amtsperiode Hindenburgs durch den Reichstag bedingungslos geben werden.

Stimmen die Harzburger wider Erwarten dem Plan der Reichspräsidentenwahl zu, so wird die Reichspräsidentenwahl den Reichstag zum 15. Januar einberufen und ihm ein verfassungsänderndes Gesetz, die sogenannte „Lex Hindenburg“ vorlegen, durch das Gesetz wird die Amtsperiode Hindenburgs um sieben Jahre verlängert. Der Reichspräsident würde sich jedoch im gegebenen Falle durch eine Erklärung den Termin eines eventuellen Rücktritts ausdrücklich vorbehalten und diesen Rücktritt im Einverständnis von der Innen- und außenpolitischen Lage abhängig machen. Es ist nicht ohne Wahrscheinlichkeit, weitere sieben Jahre im Amt zu bleiben.

## Harzburger und Hindenburg.

### Was werden sie tun?

Der Plan der Reichspräsidentenwahl durch den Reichstag steht weiterhin im Vordergrund der innerpolitischen Erörterungen. Aber noch ist es völlig ungewiß, ob der Plan zur Durchführung gelangen kann oder nicht. Eine offizielle Erklärung der Harzburger liegt bisher nicht vor. Sie ist auch nicht vor Sonnabend nachmittag zu erwarten.

Die Entschädigung, vor die die Nazis und die Harzburger gestellt sind, macht ihnen allerlei Pein, obwohl insbesondere die Nazis so tun, als ob durch die an sie ergangene Einladung der Reichspräsidentenwahl sie Unentschiedenheit erduldet und unüberlegt erwiesen sei. Man fordert von ihnen, daß sie einem Gesetzentwurf zustimmen, durch den die Amtsdauer des Reichspräsidenten von Hindenburg auf unbegrenzte Zeit, das heißt also zum mindesten theoretisch um mehrere Jahre verlängert wird, und die Regierung selbst es im Einverständnis mit dem Reichspräsidenten als unregelmäßige Verbindungen Hitlers und seiner Komplexen einzugehen. Dabei haben die Harzburger feierlich die Mandatsverlängerung für den Präsidenten Ebert, die im Oktober 1922 durch eine Zweidrittelmehrheit des Reichstages bis zum 30. Juni 1925 erfolgte, stets für verfassungswidrig erklärt, ja, sie sind gelegentlich so weit gegangen, die Amtsdauer Eberts in dieser Zeit als illegal zu bezeichnen. Jetzt sollen sie nun um Hindenburgs willen ihren Standpunkt ändern, und wiederum weiß, wie klar sie bis in die letzte Zeit hinein trotz des hitlerischen Nihilismus an Hindenburg und seinem gegenwärtigen Reichspräsidenten betampt und beschimpft haben.

Es läßt sich angelehnt dieser Schwierigkeiten verstehen, daß sich Hitler zunächst eine Bedenkzeit ausbedungen hat. Er will sie benutzen, um mit seinen Harzburger Partnern Fühlung zu nehmen und so wie unangelegene Berührung auf mehrere Schulden zu verteilen. Wie sich sein feinerer Bruder und Diktatorfolger Hugenberg zu der Sache stellen wird, ist zunächst noch zweifelhaft. Was häufig sagt er durch seine Trabanten verbunden, daß er gegen der Vorstoß der Reichspräsidentenwahl ist. Aber selbst wenn er sich gegen die Sache stellen sollte, auf die Anregung der Regierung einzugehen, wäre damit die Situation für die Nationalsozialisten kaum erleichtert. Sie haben ihren Anhängern zu oft die Präsidentenwahl als das entscheidende politische Ereignis des Jahres 1932 hingestellt, sie haben sie zu einem der Termine des großen Umsturzungs angelehnt, als es ihnen nicht fallen konnte, nun auf den Kampf und auf den Kampf immer wieder als sicher in Aussicht gestellt. Es zu verstehen. Die Epochenbürger, die der Staatstrübsahme folgen, müssen ebenso wie die SA-Leute noch so sehr bereit sein, an die Gottlosigkeit Hitlers und die Unfehlbarkeit seiner Entschädigungen zu glauben, aber in diesem Fall würde doch vielleicht die unbedeute Frage auftauchen, ob hier nicht ein nicht gerade rühmlicher Rückzug vorgenommen wird und ob die großen Worte, mit denen der Wahlsieg verherrlicht wurde, nicht doch mit der inneren Überzeugung des „Hitlers“ in Widerspruch gestanden haben.

Unter diesen Umständen ist damit zu rechnen, daß Hitler nachträglich doch noch den Versuch macht, bei der Regierung eine Bestätigung für eine Zustimmung zu dem Plan herauszufolgern. Aber der Reichstagsrat wird sich solchen Bemühungen mit einer in widerlegen müssen. Schon um des Reichspräsidenten willen, dem er nicht nachsagen lassen darf, daß das Opfer, das er zweifelslos mit der Verlängerung seiner Amtsdauer bringt, durch irgendwelche Zugeständnisse an irgend eine Partei entwertet worden sei. Dann aber auch, weil in demselben Augenblick, in dem Bestätigungen und Forderungen der Nationalsozialisten erfüllt würden, von der Mitwirkung der Sozialdemokratie keine Rede mehr sein könnte.

Brüning hat den Nationalsozialisten den Sonnabend als Termin für die Erklärung ihrer Antwort gestellt. Vielleicht wird die Frist noch etwas verlängert, oder viel Zeit steht nicht mehr zur Verfügung. Am kommenden Dienstag tagt der Reichstagsrat um über den kommunalistischen Antrag auf Einberufung des Reichstages zu entscheiden. Das wäre dann auch der Zeitpunkt, an dem die Entscheidung über die Zustimmung zu dem Plan herauszufolgen, festgelegt werden könnte, ob es einen Sinn hat, das Parlament zur Bestätigung über ein Gesetz zur Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten zum Parlamenten zu lassen.

Die Regierung möchte — natürlich nur für den Fall, daß die Zweidrittelmehrheit sichergehrt ist — diese Veranlassung am oder drei Tage vor Beginn der Reparationsverhandlungen stattfinden lassen. Sie vertritt sich wohl nicht mit Unrecht von dem Verbleiben Hindenburgs im Amt eine günstige Wirkung auf die Stimmung der anderen Mächte. Allerdings müßte verstanden werden, daß die Gelegenheit dann auch zu einer parlamentarischen Schwärze über die ausmürrige Politik und besonders über die Reparationsfrage benutzt werden. Das könnte mehr Schaden als Nutzen stiften, und vor allen Dingen soll man sich von vornherein der Illusion enthalten, als ob die Sozialdemokratie etwa für eine gemeinsame Kundgebung mit den Nationalsozialisten zu haben sei. Mit diesen Leuten treten wir, ganz gleichgültig, wie wir zu dem Reparationsproblem an sich stehen, nicht in die gleiche Front. Aber das sind spätere Sorgen. Einmalen stellt abgemauert, ob die Harzburger sich gegen den einst von ihnen gewählten Reichspräsidenten wenden oder nicht; denn eine Abgabe an die Regierung wäre gleichbedeutend mit einer Stellungnahme gegen Hindenburg.

# Die Frage in Lausanne.

Wie die Franzosen sich die Lösung denken.

Paris, 9. Januar. (E.F.) Im „Echo de Paris“ werden die wichtigsten Punkte des französischen Planes für die provisorische Lösung des Reparationsproblems auf der Lausanner Tagung aus einandergelegt. Das Blatt befähigt die vom „Matin“ vor zwei Tagen veröffentlichte Meldung, daß Deutschland nur ein einjähriges Moratorium gemindert werden solle. Damit wolle Frankreich nicht die im Jaeger Abkommen vorgesehene Frist von zwei Jahren für einen Aufschub der geschuldeten Zahlungen herabsetzen, aber er halte es für klug, für das nächste Jahr ein neues inneres Arrangement des Moratoriums vorzuschlagen, wenn die Umstände dies erforderlich machen sollten. Während des Moratoriums würde Deutschland von der geschuldeten Annuität vollkommen befreit werden. Die ungeschuldeten Annuitäten müßte Deutschland zahlen, aber die Zahlung solle in Reichsbahnobligationen und nicht in Bar erfolgen. Die Obligationen würden gemäß dem Schlußsatz von Spa unter der Voraussetzung abfließen gestellt werden. Die im Youngplan vorgesehene Erleichterung eines Garantiefonds von Seiten Frankreichs sei also aufgegeben. Diese Lösung des Problems der ungeschuldeten Annuitäten sei gemäß, weil die deutsche Reichsbahn seit der Inflation weniger mit Hypotheken belastet sei als alle anderen europäischen Eisenbahnen. In Bezug auf die Schuldentilgungen an Amerika wird vorgeschlagen, daß Frankreich und England sich gegenüber dem Washingtoner Schatzamt ihrer Schulden entledigen, indem sie ihm die Reichsbahnobligationen übergeben.

## Regnes zur Reparationsfrage.

Ein Vortrag des berühmten englischen Volkswirtschaftlers in Hamburg.

Hamburg, 9. Januar. Im großen Saale des Liedersee-Klubs sprach am Freitagabend der englische Finanz- und Wirtschaftswissenschaftler Regnes-Cambridge. Zur Reparations- und Kriegsschuldenfrage erklärte er: „In gewissem Sinne handelt es sich hierbei nicht mehr um eine Frage der praktischen Finanzpolitik, denn heute werden weder Reparationen noch Kriegsschulden gezahlt und niemand kann sich vorstellen, daß in der nächsten Zukunft irgend eine nennenswerte Summe gezahlt wird. Man hat heute die Wahl zwischen einer endgültigen Regelung durch einen großen Akt internationaler Vereinbarung und einer allmählichen Zahlungsanstellung in einer Atmosphäre internationaler Gegenfeindschaft.“ Regnes betonte mit Nachdruck: „Kein verantwortlicher Mensch in England wünscht heute die Fortsetzung der Reparations- und Kriegsschuldentilgungen in irgendeiner Form. England — alle Parteien und alle Interessengruppen eingeschlossen — tritt uneingeschränkt für völlige Aufhebung ein. Wir wollen jetzt, daß das ganze System von Geboten und Entschuldigungen, dessen Ausdruck diese Verpflichtungen sind, ein unheilvoller Verfall zu einer der schwersten Verfallformen ist, die internationalen Staatskunst je beging. Die Angelegenheit ist in unseren Augen, was sie immer hätte sein können, verabschuldungswürdig geworden.“

## Regierung Deist wiedergewählt.

Harzburger Blamage in Anhalt.

Dessau, 8. Jan. (Eig. Draht.) Die Freunde über den Sturz der sozialdemokratisch-demokratischen Regierung in Anhalt, den Kommunisten und Rechtsparteien gemeinsam übernommen hatten, hat nicht lange gedauert. In der Freitag-Sitzung des anhaltischen Landtags wurde der Sozialdemokrat Deist mit absoluter Mehrheit der gültigen Stimmen wiedergewählt, ebenso der demokratische Staatsminister Dr. Weber in der Stichwahl. Die ungeschuldeten Stimmen stimmten zum Teil von den Kommunisten, zum Teil von den Nationalsozialisten und zwei Hausbesitzer. Das Geschick über die Blamage der Rechtsparteien ist allgemain.

## Die schwarze Fahne.

Bauern-Rebellion an der Mosel.

Trier, 8. Januar. (Eig. Draht.) In Trier bei Trier forderten etwa 120 Bauern in einer Versammlung die Ungültigkeitserklärung der mit ihnen abgeschlossenen Siedlungsverträge. Sie stellten die schwarze Fahne auf den Tisch, sangen stehend das Bundeslied und betonten, daß sie auch vor Terror nicht zurückweichen würden, falls andere Mittel vorgelagten.

Die Erregung der Bauern beruht darauf, daß den Siedlern nach dem Siedlungsvertrag jedes Verfügungsrecht über ihren Besitz genommen wird. Es kann nach dem Vertrag z. B. der merkwürdige Fall eintreten, daß ein Bauwirt, der vor dem Uebergang zur Siedlungsverwaltung 20 Morgen Ackerland sein eigen nannte und nun noch 2 oder 3 Morgen Siedlungsland dazu erhält, das Verfügungsrecht über seinen früheren Besitz zugunsten des geringen neuen Besitzes verliert. Die Bauern behaupten nun, daß ihnen von dieser Vertragsaufhebung nichts mitgeteilt worden sei. Sie hätten sich niemals in diesen Fall einwilligt.

Die Bauern wählten zum Schluß ihrer Versammlung einen Ausschuß, der sich zum Bürgermeister von Trier begab und unter Vorantrag der schwarzen Fahne die Aufhebung der Siedlungsverträge bis Montagabend forderte.

## „Die tägliche Lüge.“

Wie man hereinfallen kann.

Am Mittwochabend veröffentlichte der nationalsozialistische „Angriff“ an der Spitze des Hatters in fetten Lettern folgende Mitteilung:

„Die tägliche Lüge. Hier nicht in Berlin.“

Die Berliner Journalisten hatte die Meldung gebracht, daß sich Adolf Hitler nach Berlin begeben haben sollte, wo er in diesen Tagen Besprechungen von außerordentlich einschneidender Wirkung haben werde und wo vor allem auch eine erneute Fußplandnahme mit dem Reichswirtschaftsminister geplant sein sollte. Der „A. B.“ schreibt dazu, daß diese Meldung absolut unzutreffend und von A bis Z erfunden ist. Adolf Hitler befindet sich nach wie vor in München.

Hier muß ein Regieschreiber vorgelesen haben. Denn am Morgen des besagten Tages war der Reichspräsident mit Brüning und Brücker vor schon Herr Hitler in Berlin eingetroffen und im Hotel Kaiserhof abgesetzt. Aber vielleicht hilft es der nationalsozialistische Parteiführer nicht für nötig, Herrn Dr. Goebbels sofort von seiner Anwesenheit in der Reichshauptstadt zu unterrichten. Das läßt auf allerlei schließen.

# Paroli gegen Japan.

Die Anwendung des Neumächtevertrages im Mandchurei-Konflikt.

Die amerikanische Regierung hat sich plötzlich in einem Schritt entschlossen, der eben überliefert ist, wie er weittragende Folgen haben kann: sie hat die Regierungen von Tokio und Peking gleichlautende Noten überreicht, in denen sie förmlich an den Washingtoner Neumächtevertrag von 1922 erinnert, der die territoriale und administrative Unverletzlichkeit Chinas und den Grundsatze der „offenen Tür“ verbürgt, und sie zugleich an ihre Verpflichtungen aus dem Kellogg-Pakt von 1928 erinnert. Diese Noten sind den sechs anderen unterzeichnenden Mächten des Washingtoner Vertrages zur Kenntnis gebracht worden, das sind Großbritannien, Frankreich, Italien, Belgien, Holland und Portugal, die seinerzeit an der Seeaberrundungskonferenz teilgenommen hatten, auf der dieser China-Vertrag zustande kam. Ebenso ist auch Deutschland von dem Schritt verständigt worden.

Der amerikanische Schritt ist schon deshalb überraschend, weil er aufsehenerregend ohne besonders aktuellen Anlaß erfolgt, es ist denn, daß das amerikanische Gewissen gegenüber China erst durch den Ueberfall auf den Konflikt der U.S.A. in China aufgerüttelt worden wäre — aber gerade dieser Zwischenfall hatte das Staatsabermitteln soeben als durch die förmliche Einschuldigung der japanischen Regierung als begünstigt anerkannt. Die Ereignisse in der Mandchurei haben ihren Anfang Mitte September 1931 genommen, als die japanischen Truppen unter einem plumpen Vorwand dieses riesige Gebiet zu besetzen begannen. Damals schon wandte sich China förmlich an den Völkerbund und die nach tagelangem Verhandlung des Völkerbundes besetzte sich mit diesem Vorgehen. Damals schon nahmen die Völkerbundsmächte mit der Regierung von Washington Fühlung, aber diese beugte sich mit allgemeinen Redewendungen und hielt sich ostentativ zurück. Jetzt schreiben wir Anfang Januar 1932. Inzwischen hat der Völkerbund zwei ausgedehnte Sonderabermittlungen abgesandt, einmal in Genf im Oktober und sodann in Paris im Dezember, jedoch ohne Aufnahme eines amerikanischen Beobachters, aber von einer besonderen Aktivität der Vereinigten Staaten zugunsten des angegriffenen China war nicht viel zu verspüren.

Jetzt auf einmal, am 7. Januar 1932, also fast vier Monate nach dem Beginn der imperialistischen Aktion der Japaner, von der schon an jenem Tag festgestellt, daß sie gegen den Wortlaut und gegen den Geist sowohl des Neumächtevertrages wie auch des Kellogg-Paktes verstoßen, entsand sich die amerikanische Regierung ihrer Pflichten und ist unternimmend diesen aufsehenerregenden diplomatischen Schritt. Sollte ihr Gewissen wirklich erst infolge der Befehle von Tschingtschu durch die Japaner erschrocken sein, auf die Staatssekretär Stimson in einem ergänzenden Kommentar zu seiner Note hingewiesen hat? Sicher ist, daß mit der Befehle dieser Stadt die faktische Befreiung der gesamten Mandchurei durch die japanischen Truppen nunmehr bald an die Tore des eigentlichen chinesischen Reiches pochen.

Wenn auch die amerikanische Aktion reichlich spät, vielleicht sogar schon zu spät, erfolgt, so ist sie dennoch zu begrüßen und jedenfalls einer weiteren Festhaltung vorzuziehen, die sich, angesichts des Neumächtevertrages, des Kellogg-Paktes und des Völkerbundesstatuts als ein internationaler Standpunkt herauswirft. Durch die September-Abänderungen des Völkerbundes haben sich die Japaner in feiner Weise behindern lassen, im Oktober übernehmen sie neue Verpflichtungen, als aber der Rat in Paris im Dezember wieder zusammentrat, war die Befehle der Mandchurei weitergegangen; jetzt hat China abermals den Rat anrufen müssen, weil sich Japan auch um die neuen Dezember-Vereinbarungen nicht kümmert und unter dem alten, bequemeren Vorkord der Befreiung von schuldigen Banden weiter maršiert, weiter befehlet, weiter Fliegerbomben abwirft, weiter chinesische Behörden abschiebt und urch eigene Stromröhren erstickt.

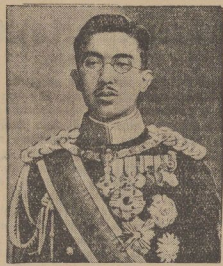
Ermutigt durch die Ohnmacht der Völkerbundsmächte und durch die Passivität der Vereinigten Staaten hat Japan offensivere Taktiken geschaffen und sich immer rücksichtsloser über die bestehenden Verträge hinweggesetzt. Wird sich die Regierung von Tokio durch das späte und plüßliche Erwaachen der Regierung von Washington beeinflussen lassen? Das wäre dringend zu wünschen, aber das erste, schroff abschneidende Echo dieses Schrittes in Tokio läßt sich ablesen. Und wenn nun die Amerikaner nachdenklich sich zu spät zum Eingreifen entschlossen haben, sich eine solche Misachtung nicht gefallen lassen, was dann? Die Zukunft im fernsten Osten ist mehr denn je voller dunkler Verdächtigungen und Gefahren.

## Japan lenkt ein.

Tokio kündigt vorläufige Antwortnote in Washington an.

Tokio, 8. Jan. Das japanische Außenministerium kündigt offiziell die Abwendung einer vorläufiglich gehaltenen Antwortnote an die Washingtoner Regierung an, in der die Unterfertigung des Kelloggvertrages und des Neumächtevertrages zugewilligt und der Wunsch nach direkten Verhandlungen mit China niedergelegt wird. Japan betrachte die unabhängigen Regierungen in der Mandchurei als Verletzung des Grundgesetzes gleicher Vorteile für alle.

## Attentat auf den Kaiser von Japan.



Der Kaiser von Japan, Hirohito.

Auf den Kaiser von Japan wurde am Freitag mittag in Tokio ein Attentat verübt. Ein 33jähriger Koreaner, der sofort nach der Tat verhaftet worden konnte, war gegen den Wagen des Mikado eine Bombe, ohne den Kaiser jedoch zu verletzen. Von der Bombe, die nicht explodierte, wurde ein Pferd der taiferischen Gensie getroffen und leicht verletzt. Die Polizei teilt zu dem Vorfall mit, daß der Täter Kommunist ist.

Japanische Regierung zurückgetreten.

Tokio, 8. Januar. (Eig. Draht.) Das japanische Kabinett snatul ist zurückgetreten. Ein Aufruf zur Neubildung ist von dem Mikado bisher nicht erteilt worden.

## Holland erklärt.

Keine Gefährdung und Munitionslieferungen an Deutschland.

Amsterdam, 9. Januar. (E.F.) Der niederländische Ministerpräsident erwiderte am Freitag in einer schriftlichen Erklärung auf die Anfrage des Vorherrin der sozialdemokratischen Fraktion der zweiten Kammer, Albara, wegen der in der Presse verbreiteten Gerüchte über niederländische Lieferungen von schweren Geschützen u. Granaten für Deutschland. Der Ministerpräsident betonte, daß er im Hinblick auf die bevorstehende Abrüstungskonferenz größten Wert darauf lege, zu erklären, daß die Regierung auf Grund der strengen Kontrolle der Anfertigung, des Transports und der Lagerung von Bewehrungen und Munition in den Niederlanden allen diesbezüglichen Verfügungen einschließlich der Lieferungen an Deutschland, die niederländische Gesandte in Paris habe Anweisung der französischen Regierung eine entsprechende Erklärung zu übermitteln.

## Voraussetzungen der Diktatur.

Eine gute spanische Erklärung.

Madrid, 9. Januar. (E.F.) Zu den Gerichten, daß der ehemalige spanische Außenminister Lerroux mit Unterstützung der Guardia civil eine Diktaturregierung errichten wolle, erklärte der sozialdemokratische Außenminister: „Um eine Diktatur wie 1923 ins Leben zu rufen, sind vier Vorbedingungen notwendig und auch, wenn nur eine von ihnen fehle, wäre der Plan unmöglich.“

- 1. müßte jemand da sein, der das Wagnis unternimmt und eine Diktatur hat, die ihm dabei hilft.
- 2. ein Volk XIII., der das Land vertritt.
- 3. eine feige Regierung, die die Diktatur zuläßt und
- 4. ein Volk von Jammen, die sie trägt.

In Valencia wurden drei Kavallerieoffiziere wegen antirepublikanischer Wadenstiefel verhaftet.

## Harzburger unter sich.

Nazi-Kube hält in dem Münchener Nazi-Organ eine giftig-schwarze Abrechnung mit seinen bisherigen Freunden von der Harzburger Front.

Zunächst behauptet Kube, daß er sich als Führer der Vaterlandsgenossen im preußischen Landtag jahrelang bemüht habe, ein ritterliches Verhältnis zu der deutschnationalen Fraktion zu bewahren. Er habe den Deutschnationalen sogar wiederholt angeboten, durch gemeinsame Anträge und parlamentarische Aktionen den Kampf gegen die Schwarzrot-Grünheit zu führen. Seine Bemühungen seien aber daran gescheitert, daß die Deutschnationalen Preußen als ihre eigentliche Domäne betrachteten und auch noch nach Harzburg ihre Mißtrauensanträge ohne jede Fühlungsnahe mit den Nazis eingebracht hätten. Damit sei erwiehen, daß das ostelbische Junkertum Hugenbergsberger Prägung unerschütterlich sei und nicht wisse, daß der Erde preiswürdiger Staats- und Mandatsträger Adolf Hitler zu nicht sein von München sei. In Wirklichkeit wollten die Herren Diebstahl nur wieder ihr Dreißigstücken erringen. Dem Hof des Bodens ausgepflegten habe aber das Verhalten der Deutschnationalen in der Brandenburgerischen Handwerkskammer am 19. Dezember vorigen Jahres, wo sie eine Einheitsfront mit der Deutschen Volkspartei, den Volkstoten und den Christlich-Nationalen gegen die Nationalsozialisten bildeten, um die hochbetitelteten Kammerpräsidentenposten für ihre Partei zu retten.

Diese Erklärung — so schließt Kube — sei zu begrüßen, damit 1932 endlich auch der überheblichen Gesellschaft der vereinigten Reaktion das Handwerk gelegt werde.

## Die Brunnenvergister.

Drei Anhänger des Großkreuzes der französischen Ehrenlegion sind von französischen Generalkonsulatsamt in Anknäufelung verhaftet worden, weil sie sich bei der Stellung von Finanzgesellschaften gegenüber ihrer Handlungsfähigkeit schuldig gemacht haben.

Die Presse des Hugenbergsromers benutzt diesen Vorfall zu einer schamlosen Hege gegen das französische Volk. Sie behauptet das gefamte französische Volk des grandiosen Betruges und verächtlich, es sei daher eben nicht verurteilt, wenn auch Großkreuzer der Ehrenlegion nicht mehr ganz genau wissen, was Ehre und Ehrlichkeit für ein Urteil sind.

Dieser Verfall internationaler Brunnenvergister ist ebenso infam, wie wenn ein französischer Nationaliststaat das deutsche Volk als ein Volk von schamlosen Betrügern beschreiben wollte, gefügt auf die frühe Raffinesse, Deceit, Knag, Schuppen-Nordwolle, Danatant, Schweiß-Bogenhörn usw!

Die sogenannte nationale Presse hat am allergeringsten Anstoß, sich über Betrügereien der sogenannten Epigen der Gesellschaft in Frankreich aufzuheben. Sie sollte sich erinnern an die Standaufflären zur wilhelminischen Zeit und sollte sich weiser Zurückhaltung befleißigen!

## Klages und der Theater-Intendant.

Der Intendant des Braunschweiger Landestheaters, Dr. Himmler, hat kürzlich in einem Brief an die Theaterverwaltung in Braunschweig geschrieben, daß die Beziehung zwischen dem Theater und der Verwaltung nicht mehr so harmonisch sei, wie es früher der Fall war. Er fordert eine strengere Aufsicht über die Theaterverwaltung und eine bessere Zusammenarbeit zwischen den beiden Institutionen. Er erwähnt auch, daß die Theaterverwaltung in Braunschweig eine wichtige Rolle spielt und eine gute Zusammenarbeit zwischen den beiden Institutionen notwendig ist.

Angriff wieder verboten. Der Berliner Polizeipräsident hat Berliner Nazi-Organ mit fortiger Wirkung bis zum 14. Januar abschließend verboten.

## Dammbruchkatastrophe im Oldenburger Moorland.



Situationskarte des Ueberschwemmungsgebietes.

Bei Augustfehn in Oldenburg ist das große Mooserschloßgebiet so stark, daß die Aufgabe hatte, das moorige Gebiet mehrerer Gemeinden zu entwässern, eine Dammbruchkatastrophe zum Opfer gefallen. Das Pumpwerk wurde von den Fluten untergraben und stürzte schließlich in sich zusammen. Die Dörfer der Umgebung sind nunmehr schuflos dem noch immer steigenden Hochwasser preisgegeben. Besonders bedroht sind, das das Wasser unaufhaltsam hereinströmt, die Dörfer Holtzpiß, Bötzel und Augustfehn, mit deren Ueberflutung gerechnet werden muß. Das Wasser reicht auf Zeteren zu, wo es die Feuertiefe Oldenburg-See erreicht. Erzh angestrengter Arbeit hat sich die Dammbruchstelle in kurzer Zeit bis auf 20 Meter verbreitert.

### Weitere Verfassungen in Indien.

Bombay, 9. Jan. Am Freitag wurden in allen Teilen Indiens neue Verfassungen führender Kongresse vorgenommen. Der dritte Präsident des allindischen Kongresses Maruti sowie der Generalsekretär des Kongresses Daulatram wurden festgenommen und ins Gefängnis eingeliefert. Mehrere Magistratsbeamte in der Präsidentschaft Bombay haben besondere Maßnahmen ergriffen, um das Schicksal von sechs Zehnen Gefangenen, die bis vor zwei Jahren verbannt waren. Eine neue Notstandsverordnung ermächtigt die Regierung, im Notfall besondere Richter einzusetzen, die Todesurteile ausprechen oder Zwangsverhaftungsurteile fällen können.

### Preussennahlen finden nun verfassungsmäßigen Termin statt.

Die Harzburger geröcheln sich seit Wochen den Kopf darüber, ob die spätestens im Mai fälligen preussischen Landtagswahlen tatsächlich stattfinden oder nicht. Warum sollten sie wahrscheinlich nicht; denn von keiner zuständigen preussischen Stelle ist bisher eine Verletzung dieser Wahlen angedeutet oder gar festgestellt worden. Selbstverständlich ist es die am Freitag tagende des Reichstages im Reichstag, die die Angelegenheit Dr. Weismann abgegebene öffentliche Erklärung, nach der die Wahlen zum verfassungsmäßigen Termin stattfinden würden.

### Beurteilung wegen Beleidigung des Preussischen Staatsministeriums.

Der Kapitänleutnant a. D. Helmut Dorisch in Frankfurt a. M. wurde von dem ermittelten Schöffengericht in Frankfurt wegen größter Beleidigung des Preussischen Staatsministeriums zu 200 M. Geldstrafe verurteilt. Das Gericht stellt in der Begründung ausdrücklich fest, daß ein gefundenes Angeklagter gegenüber bei der Schmäher der Beleidigung nur eine Gefängnisstrafe hätte in Frage kommen können, von der es lediglich deshalb abgesehen hat, weil der Angeklagte als schwerer Neuralfahrer nach dem gerichtspräsidentlichen Gutachten nicht vollweilig ist.

### Unbegündete Beschwerde gegen Zeitungsverbot.

Der Vierte Strafsenat des Reichsgerichts hat die Beschwerde des Verlags der 54 Wochenschriften Universal-Zeitung, die Beschwerde des Herausgebers der wöchentlichen Rundschau „Ländchen und Götter“ in Potsdam gegen das von dem Oberpräsidenten der Provinz Sachsen ausgesprochene Verbot aus den betreffenden Gründen der angeführten Verbotsbegründung auf Kosten des Beschwerdeführers verworfen.

### Gegen den Waffenscheinraub.

Der Berliner Polizeipräsident hat unter dem 8. Januar angeordnet, daß Anhaber von Schusswaffen, die ihrer Natur nach dazu bestimmt sind, durch Stoß oder Stich Verletzungen herbeizuführen, bis zum 15. Februar 1932 die genannten Waffen und die entsprechenden Munitionsvorräte schriftlich oder mündlich unter Angabe der Anzahl und Art dem zuständigen Polizeirevier gegen Empfangsbescheinigung anzumelden haben. Weisheit von dieser Anmeldung sind lediglich Anhaber von Jagdschloßgewehren und von Waffenscheinen sowie diejenigen Beamten, die zum Waffentragen berechtigt sind.

## Aus aller Welt

### Blutdrama in Berlin.

Am Freitagmorgen wurde in der Lutherstraße in Berlin-W. der 34jährige Kaufmann Josef Gertl aus Wien, der wiederholt wegen Taschendiebstahls aus Deutschland ausgewiesen worden war, erschossen. Der Mörder konnte festgenommen werden, jedoch am Freitagmorgen in einer Pension des Berliner Westens verhaftet. Es ist der 21jährige ungarische Staatsangehörige Alexander Arba, gebürtig aus Marmaros (Rumänien). Arba, der wegen Taschendiebstahls verurteilt ist, ist wiederholt in Berliner Varietés als Soubrette und Kettenprenger aufgetreten. Der Geheime Rat in Wien mit der aus Königsberg stammenden Filmkauffrau Vera Baltrac verheiratet. Seine Frau hat ihn jedoch verlassen, nachdem sie von seinen kriminellen Verfehlungen erfahren hatte, und nach Berlin gezogen. Gertl reiste nach Hilfe eines Baltes seines Bruders Ludwig nach Berlin nach; hier lebte er unangesehen. Er stellte fest, daß seine Frau bei ihrer Schwester und zwei Männern namens Toni und Arba lebte. Gertl verlor die ihm immer wieder mit seiner Frau zusammengekommen, wobei ihm aber seine Freunde im Wege zu stehen schienen. Am Tage vor dem Mord überließ er Toni und verließ ihn durch mehrere Mitarbeiter am Kopf so schwer, daß er noch immer nicht vernunftfähig ist. Am Freitagmorgen hat Gertl nun seine Frau, die sich unter dem Schutze Arbas begibt, auf offener Straße überfallen und bedroht. Vera Baltrac konnte fliehen,

während Arba befristete, erschossen zu werden. In einem Augenblick höchster Notwehr wurde er schließlich blindlings erschossen. Bei dem Getöteten wurde ein Dolch gefunden.

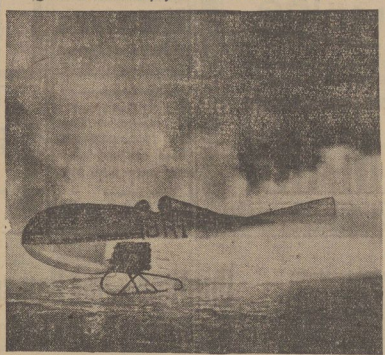
### Attentat aus Rache.

Junger Italiener schießt auf den italienischen Konsul in Paris. Paris, 8. Januar. (Eig. Draht.) Auf den italienischen Konsul in Paris, Gentile, wurde am Freitag kurz nach elf Uhr ein Attentat verübt. Der Konsul hatte gerade eine Kraftbrotschleife verlassen und wollte das Konsulat betreten, als ein junger italienischer Student namens Richtig auf ihn zutrat und vier Revolverkugeln auf ihn abgab, die ihn am rechten Oberarm erhebliche Verletzungen. Während der Konsul zusammenbrach, ergreift der Attentäter die Flucht. Der vor dem Konsulat wachhabende Polizeibeamte nahm sofort die Verfolgung auf. Er hatte den Flüchtling fast eingeholt, als dieser sich umdrehte und zwei Schüsse auf den Beamten abgab, die jedoch fehlgingen. Einige Schritte weiter stellte sich dem Italiener ein anderer Polizeibeamter in den Weg. Letzt gelang es, ihn zu überwältigen und abzuführen. Auf dem Wege zur Polizeiwache wurde er von der Menge beinahe getötet worden. Richtig erklärte bei seiner Vernehmung, daß er das Attentat aus Rache begangen habe, da er auf Veranlassung des Konsuls aus der italienischen Schule als Hilfslehrer entlassen worden wäre und nunmehr ohne Mittel für sein Studium sei. Das Konsulat hat die Angaben Richtig bestätigt. Die Entlassung sei erfolgt, nachdem man erfahren habe, daß Richtig in seiner Heimat wegen eines strafrechtlichen Vergehens verurteilt worden sei. Der Konsul schwört sich in Lebensgefahr. Er wurde am Freitag nachmittag operiert.

Die Zahl der Hundebisshenden in Preußen. Während im Jahre 1930 in Preußen 20 Personen (darunter 7 Männer und 23 Frauen) ihren Tod durch einen Hundestich erlitten, waren es nach einer Mitteilung des Amtlichen Preussischen Gesundheitsamtes im Jahre 1931 nur 13 Personen (8 Männer und 5 Frauen). Allen Subskribenten der Preussischen Ministerpräsident zu ihrem 100. Geburtstag ein Glückwunschschreiben und ein Gedächtnis übermitteln lassen.

Das Rätsel um den Zugführer Siemenz. Die gerichtsarztliche Untersuchung der Leiche des Zugführers Siemenz, der bei Grubow tot in einem Eisenbahnwagen aufgefunden wurde, hat ergeben, daß er während der langamen Fahrt des Zuges über die Eisbrücke aus dem Waggon gestürzt und in die Eise gefallen ist. Der Verunglückte hat seinen Stiefel bei seiner Bergung noch mit der rechten Hand umklammert. Ein Verbrechen liegt nicht vor.

### Im Raketenstühlen über das Eis!



Der Raketenstühlen des Amerikaners Dull in voller Fahrt.

Auf einem See bei Syracuse (im Staate Newyork) führte der amerikanische Student Harry D. Dull einen Raketenstühlen vor, den er mit einem Kostenaufwand von nur 22 Dollar erbaut hat. Der junge Konstrukteur erreichte mit dem tropfenartig gefalteten Fahrzeug bei Versuchsfahrten eine Geschwindigkeit von nicht weniger als 128 Stundenkilometern.

### Das Ende der Alliputaner?

Mit mehr Behauern als Reugier bekrachten wir jene Aemere unter uns, die sich meist mit der Schaukelung ihres Gebahrens ihr tägliches Brot verdienen, da es ihnen nicht möglich ist, in einem normalen Beruf ihr Auskommen zu finden. Sie hielten sich meist in Truppen zusammen und geben über die Paradedienste der Welt, mit mehr oder minder Kunstfertigkeit und Geschick ihre Fähigkeiten zeigend. Es gibt eine ganze Anzahl von Alliputanertruppen, die außerordentlich gut verdienen und die mit kostbaren Dekorationen und Ausstattungen reisen. Es gibt aber auch wieder andere, die auf Kummelpfeifen und Vergnügungsschiffen minderen Grades ein kümmerliches Dasein führen.

Diese von der Natur so benachteiligten Menschen haben im allgemeinen ein glückliches Familienleben und füßen sich unter ihresgleichen durchaus wohl. Es finden sich auch intelligente Menschen darunter, wenngleich ihr geistiges Wachstum auf ihre geistigen Fähigkeiten einen gewissen Einfluß hat.

Die Gründe für dieses geistige Wachstum bestehen bekanntlich darin, daß die Schilddrüse beim Alliputaner nicht genügend ausgedehnt ist, und ihre Absonderungen zu gering sind. Das war leicht durch Versuche nachzuweisen, indem man Tiere, die mitten im Wachstum standen, die Schilddrüse auf operativem Wege entfernte, wodurch das Versuchstier sofort aufhörte zu wachsen und genau so groß blieb, wie es zum Zeitpunkt der Operation gewesen war. Die Entfernung eines Teiles der Schilddrüse hat zur Folge, daß das Versuchstier zwar weiter wächst, aber niemals die Größe erreicht, wie seine, noch im Besitz der Schilddrüse befindlichen Artgenossen.

Es war nahelegend, daß die Wissenschaft, nachdem sie dies festgestellt hatte, nach Wegen suchte, um bei einer ungenügenden Ausbildung der Schilddrüse durch Zuführung von Schilddrüsenpräparaten das Wachstum zu fördern. Das ist leichter gelang als gemeint. Es gehören zahllose Experimente dazu, ehe man die geeignete Präparate herausgefunden hatte, die man die richtige Dosierung fand und Erfahrungen gemacht hatte, wie das Präparat auf die Dauer wirkte.

Ein besonderes Verdienst um diese Versuche kommt dem Hamburger Forscher Dr. Bruno Hurwitz zu, der seine Experimente so weit abgeschlossen hat, daß er glaubt, insofern zu sein, jedes im Wachstum stehende Tier durch die von ihm entwickelten Schilddrüsenpräparate zu fördern, und sein normales Wachstum wieder herzustellen. Allerdings ist dabei vorausgesetzt, daß der

Kranke das 21. Jahr und die eigentliche Wachstumsperiode, die mit diesem Alter im allgemeinen abklingt, noch nicht überschritten hat. Wer also als erwachsener Mensch körperlich zurückgeblieben ist, hat keine Hoffnung auf Besserung mehr.



Eine Zwergenfamilie auf dem Hamburger Dom.

Die Forschungen von Dr. Hurwitz sind soweit gediehen, daß schon in nächster Zeit ein solches Schilddrüsenpräparat, das unter wissenschaftlicher Kontrolle hergestellt wird, in den Handel kommen soll, und in den Apotheken gekauft werden kann. Es bedarf keiner Ermahnung, daß eine Kur mit diesem Präparat nur unter ärztlicher Kontrolle stattfinden gehen darf.

Alliputanerfamilien wird es nun also möglich sein, ihre Kinder wieder zu normalen Menschen heranwachsen zu lassen. Ob sich alle dazu entschließen, ist eine Frage für sich, denn der Mißbrauch dieser Menschen stellt eine gute Einnahmequelle für sie dar, die sie verlieren würden, wenn sie normal geworden wären. Es ist also anzunehmen, daß viele Alliputaner es vorziehen werden, so klein zu bleiben wie bisher und Geld zu verdienen, als groß und arbeitslos zu sein.

## Letzte Nachrichten

### (Glaube Sun- und Deutsches)

#### Die Harzburger und Hindenburg.

Berlin, 9. Jan. (Eig.) Von deutschnationaler Seite mehren sich die Erklärungen, daß die Berufung der Amtsperson Hindenburgs durch den Reichstag in gewissem Sinn ein Vertrauensvotum für Brüning bedeute und sie aus diesem Grunde die Wiederwahl Hindenburgs ablehnen mögen. Die Nationalsozialisten nehmen heute nachmittag zu der Frage Stellung.

#### Die Besprechungen mit den Bolschewiken.

Berlin, 9. Jan. Im Laufe des Freitagnachmittags haben nach Vorbereitungen mit den nach Berlin berufenen Bolschewiken Vertretern von Kautsky, von Hoelz und von Schubert stattgefunden. Die Bolschewiken, die ursprünglich Freitagvormittag schon zu ihren Missionen zurückgehen wollten, sind in letzter Stunde in Berlin zurückgehalten worden. Reichsminister Dr. Brüning hat sowohl den Vormittag wie den Nachmittag über mit ihnen verhandelt. Die Besprechungen mit den drei Bolschewiken werden auch im Laufe des Sonnabend fortgesetzt werden. Die Abreise soll erst heute abend erfolgen.

#### Geriicht über einen Eisenbahnstichlag findet keine Verhaftung.

Berlin, 9. Jan. Am Freitagabend waren Gerichte über einen Sprengstoffanschlag auf den D-Zug Berlin-Rhein in der Nähe von Walefeld verurteilt. Wie die Reichsbahninspektion Hannover dazu mitteilt, ist in einem Graben neben dem Bahnlörper tatsächlich eine Sprengladung gefunden worden. Es handelt sich jedoch lediglich um eine alte Sprengladung ohne Zünder, so daß die Anklagevermutungen der Grundlage entbehren.

#### Der frühere englische Handelsminister Graham gestorben.

London, 9. Jan. Der frühere Handelsminister Graham, Mitglied der Arbeiterpartei, ist in der Nacht zum Sonnabend an einer Lungenentzündung gestorben.

#### Frankreich und die Abrüstungskonferenz.

Paris, 9. Jan. (Eig.) Der oberste Landesverteidigungsrat hat zum Freitag unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten der Republik eine Sitzung abgehalten. In ihrem Verlauf wurden die Antrittekonferenzen abgelehnt, die den Delegierten Frankreichs und der Abrüstungskonferenz gegeben werden sollen.

### Im Januar

## Werbe- Wochen

### Breite bedeutend gesenkt!

Karub-Krabbühl Riffner, Färberei  
Martiniplan 15 Havelbergstraße 12  
Telephon Nr. 2289 Telephon Nr. 2088

Unsere Preise im

# Inventur-Ausverkauf

sind nochmals weiter herabgesetzt. Was wir aber in der letzten Woche des Ausverkaufs bieten, wird alles

**bisher Gebrachte**

**weit in den Schatten stellen**

Vom Montag an bringen wir:

## alle Einzelstücke

wie Damen-Konfektion, Herren-Mäntel, -Anzüge, Bettwäsche, Tischwäsche, Handtücher, Steppdecken usw. **zu Preisen**

die in keinem Verhältnis zum früheren Wert der Ware stehen.

# Alle Reste

in Wolle, Seide, Baumwolle, Wäschestoffen, Gardinen- und Läuferstoffen für die **Hälfte** des ausgezeichneten Preises.

# RAHMLOW & KRESSMANN

## Berdiemf

durch Übernahme einer Kaffee-Berdiemf-Stelle an Damen und Herren noch zu vergeben.  
**R. Reyer,**  
Import  
Hilfer-Gambura,  
Legationstr. 111 a.



**Bremer Schweine und Ferkel**  
etw. Hartmann, Wehrstedt,  
Telefon 1825.

## Wagen-Reparaturen

Schnell, sauber, billig  
**Gustav Pfeiffer,**  
Wohnhaas,  
Fronsdorferstraße 34.

## Alle Betten

gegen Hitze und kalte Nächte.  
**Eiden-Drogerie**  
Walter Kattenmüller, 60.

## Merz'sche Salbe

gegen alle Wunden, Blutsauger, Krätze, Psoriasis.

## Knaurs Konversations-Lexikon v. A.-Z.

35000 Stichwörter  
2600 Illustrationen  
115 einl. u. 36 Tafeln  
70 statist. Schaubild.  
auf fast 1000 Seiten  
für nur **2.85 Mk.**  
Buchhandlung  
Halberstadt, Tageblatt

# Neue Gaskoks-Preise:



**Gasbrechkoks I** Körnung über 70 mm  
im einzelnen . . . . . **1.71 RM.**  
bei 20 Zentner-Abnahme **1.67 RM.**  
bei 100 Zentner-Abnahme **1.62 RM.**

**Gasbrechkoks II** Körnung 40-70 mm  
im einzelnen . . . . . **1.76 RM.**  
bei 20 Zentner-Abnahme **1.72 RM.**  
bei 100 Zentner-Abnahme **1.67 RM.**

**Gasbrechkoks III** Körnung 20-40 mm  
im einzelnen . . . . . **1.66 RM.**  
bei 20 Zentner-Abnahme **1.62 RM.**  
bei 100 Zentner-Abnahme **1.57 RM.**

Bei Abschließen von Mengen über 200 Zentner werden die Preise auf Anfrage mitgeteilt. — Anlieferung zu Selbstkosten losse vors Haus oder von 1 Zentner ab in Säcken zur Lagerstelle.

# Zu beziehen durch hiesigen Kohlenhändler Städt. Werke

Abt. Gaswerk, Wehrstedterstraße 41  
Fernruf: Nr. 2751/52 und 2051/52.  
Verkaufszeit: 8-16 Uhr.

### Preussisch-Gläubige Klassen-Lotterie

Die amtliche Gewinnliste wird am 13. und 14. Januar 1932 hier. Erneuerungslos müssen umgehend eingelöst werden. Einige Klassen sind noch zu haben. Die hiesigen Lotterien-Einnehmer: **Strohach, Rühlingsstraße 3. Juntemann, Martiniplatz 1.**

## Stadt-Theater

**Heiteres Sonntagsprogramm!**  
Nachmittags 15-18 1/2 Uhr Nachmittags  
Der größte Schauspielersfolg zum letzten Mal  
„Der Hauptmann von Köpenick“  
Volksstück von Carl Zuckmayer.  
Das Erfolgsstück aller Großstadtküchen!  
Zu volkstümlichen Preisen: 0.40-2.00 Mark.

Abends 19 1/2-22 Uhr Abends  
Erste Wiederholung des ersten Opernserienfolges 1932  
„Liebling, adieu!“  
Musikalisches Lustspiel von Max Bertuch und Willy Rosen.  
Kumba, Slow-Fox, Tango-Schlagler von Weltklang!  
Preise: 0.65-4.20 Mark.

Heute Sonnabend, den 9. Januar, 20-23 1/2 Uhr.  
„Die Blume von Hawaii“  
Preise: 0.65-4.20 Mk.

## Sternwarte

Sonntag, den 10. Januar  
erstklassiges  
Künstler-Konzert!

Anfang 8 1/2 Uhr! Eintritt frei!

## Schützenwall

Am Sonntag  
ab 18 Uhr im großen Saal  
Lanztränzchen  
Eintritt 50 Pfg.  
Rein Oberbrennungsraum.  
Gleichzeitig empfehle ich meine  
Vorkaufkarten zur Abhaltung von  
Vereinsfestlichkeiten, Gedächtnis-  
versammlungen

**Julius Haensch, Schützenwall**

## Ingenieur-Schule Weimar

Flugzeugbau / Flieger-  
schichte / Papertechnik  
Eig. Lehrwerkstätten  
Maschinenbau / Elektrik-  
technik / Automobilbau  
Prospekt anfordern

**Bücher sind Freunde!**  
In haben Volksbuchhandlung Halberstädter Tageblatt

# in-ventur-AUS-verkauf



DAS HAUS FÜR GUTE STOFFE HALBERSTADT

## Qualität-keine Ramschware Neuheiten-keine Ladenhüter unter Preis

Speier-Stoffe bekannt in der ganzen Provinz sind es, die zum Ausverkauf gelangen. Speier-Preise, die immer klein waren, sind jetzt weiter herabgesetzt. Jedoch diese einzigartige Sensation bietet nur der Inventur-Ausverkauf.

Prüfen und sehen kostet nichts.

# Speier

## Spiegelsberge-Wartburg

Jeden Sonntag und Mittwoch nachmittags 3 1/2 Uhr  
erstklassiges  
Künstler-Konzert  
Eintritt frei

Jeden Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr  
erstklassiges  
Künstler-Konzert  
Ab 4 Uhr:  
Tanz im Gastzimmer.  
Eintritt und Tanz frei!

1a. Kaffee . . . . Apfelkuchen . . . . Obstwein

## Inferieren bringt Gewinn!

Genet:  
Bäckhinken  
in Brotzeit  
Leberwürstl  
Knackwürstl  
zum Warmmachen  
**B. Hampel Nachf.**  
Holzmarkt 4, Fernruf 1042.

## Staatliches Dom-Gymnasium

Freitag, 15. Januar, 20 Uhr, in der neuen Aula  
Vortrag mit Lichtbildern  
des Herrn Professor Dr. Behn  
Direktors d. Römisch-Germanischen Museums Mainz  
„Das Mithrasheiligtum in Dieburg“

Neue Erkenntnisse zur Religionsgeschichte des Mittelalters sind das Ergebnis der Ausgrabungen des Vertragenden  
Eintritt: 0.50 RM. Schüler(innen): 0.20 RM.  
Die Mitglieder des Kunstvereins und des Philologenvereins haben freien Zutritt

## Selenteller

Jeden Sonntag und Mittwoch ab 3 1/2 Uhr  
Künstler-Konzert  
Leitung: Konzertmeister W. Tost  
Eintritt frei!

## Tapeten-Reste

Linoleum  
Wachstuche  
Farben, Lacke  
sämtliche Anstrichmaterialien wie  
Kreide, Sichelweim, Firnis usw.  
empfehlen billigst

**Gebr. Sondheim**  
Hohweg 20 (gegenüber der Markthalle)  
Beachten Sie unser Schaufenster!













# 2. Beilage zur Harzer Volksstimme

Nr. 7

Gonnabend, den 9. Januar 1932

7. Jahrgang

## An unsere Frauengruppen in den Unterbezirken Halberstadt und Wernigerode.

Werte Genossinnen!

Am Montag, dem 11. Januar, nachmittags 3 Uhr, findet beim Genossen Otto Bollmann, Halberstadt, Batenstr. 63, ein Frauen-schulungstages statt.

Thema: „Frauen und Wirtschaftslot“

Dieses Thema fällt in mehrere Unterabteilungen und zwar: „Der Kampf ums tägliche Brot“, „Arbeitslosigkeit und Teuerung“, „Wirtschaftskrise, Umfang und Ursachen“, „Kapitalismus oder Sozialismus“. Als Rednerin haben wir die Genossin Luise Schiffsene, Saarbrücken, gewonnen, die als gute Kennerin dieser Themen bekannt ist. Wir bitten unsere Frauengruppen diesen Kursus recht fröhlich zu besuchen. Der Kursus ist um 7 Uhr abends zu Ende, so daß jede Teilnehmerin wieder in ihren Heimatsort zurück kann.

Mit Parteigrüß!

Rud. Köhig, Wilhelm Seitmüller, Fr. Schütte.

## Aus Osterwieck

Am 8. Weihnachts-Winterhilfs-Konzert für Osterwieck. Das Musikvereins-Ballett A. R. 12 wird für die Winterhilfe in Osterwieck seine Kapelle kostenlos zur Verfügung stellen. Um der Stadt, ebenso wie seiner Zeit in Halberstadt, im Kampf gegen die Not beizustehen. Am Dienstag abend, dem 12. Januar, wird ein Konzert der Kapelle stattfinden, dessen Ertrag reiflos der Suppentische der Stadt Osterwieck zugute kommt. Die Lieberparitätlichkeit für die Verteilung des Winterhilfs ist gewährleistet. Um der Jugend und allen denen, die das Konzert am Abend nicht besuchen können, Gelegenheit zu geben, die alten Weihnachtsmärche zu hören, veranstaltet

die Kapelle am gleichen Tage gegen mittag ein Platzkonzert und spielt außerdem am Vormittag in den Schulen.  
 o. \* **Ausführung der Allgem. Ortsrentenkasse** fand am 7. Januar im „Ratsgarten“ statt. Eröffnet wurde sie durch den Vorsitzenden Dr. Jiemis. Die Voranschläge lagen schriftlich jedem Anwesenden vor. Die veranschlagten Ausgaben belaufen sich auf 148 983,70 Mark, die Einnahmen auf 146 512,14 Mark. Somit ist ein Zuschuß von 1 571,56 Mark aus der Mithilfe erforderlich. Der Voranschlag wurde ohne Widerspruch genehmigt. Als Kassensprüfer für 1931 wurden die Herren Fr. Reiche, R. Gerhart und Fr. Breitkreuz gewählt. Die Änderung der §§ 30, 30a und 31, bedeutet Wegfall der sogenannten Sonderleistungen. Am Vormittag wurden die Beiträge durch die Kameraderungen geordnet. Es wurde von Herrn Hoarnogel die Anfrage gestellt, ob es nicht möglich wäre, die Beiträge zu senken, ohne die Leistungen der Kasse einzuschränken. Nach ausführlichen Erörterungen des Mandanten Bothe ist dies nicht durchzuführen. Am Vormittag wurden Beiträge und Leistungen durch die Kameraderungen geordnet. Aus der Mitte der Versammlung wurde die Bekanntgabe derjenigen Betriebe, die mit Beiträgen retieren, verlangt. Daraufhin wurden Handshühler R. mit 3100 Mark und Siegelte R. mit 149 Mark als retierende Firmen bezeichnet. Das Vermögen der Kasse betrug sich zur Zeit auf rund 96 000 Mark. Anwesend waren 38 Mitglieder.

## Aus Oschersleben

o. \* **„Bodestrand“**. Die Mitglieder des Kleingartenvereins kamen am kommenden Sonntag, 14. Uhr, im Stadtpark zur Generalversammlung zusammen.  
 o. **Sonntäglicher Streikdienst**. Dr. Sier, Lindenstraße 1, o. **Offenliegende Steuerermäßigung!** Siehe Bekanntmachung des Magistrats in der heutigen Nummer.  
 o. **Das geführte Damenrad** ist wiedergekommen. In der Eisenstraße wurde in der Galmirstraße „Stadt Köln“ ein Damenrad gefahren. In den Anlagen Remdorters-Edes Kaiserstraße wurde es wiedergefunden.

o. \* Die „Freie Volksbühne“ hat heute Gonnabend, 20 Uhr, in der „Grünen Tanne“, ihre diesjährige Generalversammlung.

## Aus Thale

o. \* **Preisbescheid** wurde am Verkauf angetretenen Erwaren. Am Reichsblatt vom 29. 12. 31. sind Bestimmungen erlassen, nach welchen alle Gewerbetreibenden, welche Brot oder Kleingebäck, Fleisch und Wurstwaren in Schaufenstern, Schaukästen, auf dem Wochenmarkt oder im Straßenhandel ansetzen, diese Waren mit Preischildern zu versehen haben, aus denen der genaue Verkaufspreis ersichtlich ist. Auch müssen die Preistafeln in der neuen Preisschriftart anbringen. Bisher merkt man in Thale von dieser Verordnung nur wenig.

o. \* **Eine Menschenanjammlung** fand gestern gegen 10 Uhr auf der Hauptstraße vor dem Hüttenwerk statt; aus deren Mitte wurde erlitten: „Hoch lebe Sommer-Deutschland. — Streit gegen Bohrer!“ Als schließlich der Arbeiter Schatz, der sich ganz besonders auszeichnete, benannt und der mehrmaligen Aufforderung, sich zu entfernen, nicht Folge geleistet hatte, zur Wade gebracht werden sollte, leistete er heftigen Widerstand und wurde gegen die Beamten tätlich. Die angeammelte Volksmenge nahm für sich Partei, bedrohte und umringte die Beamten derartig, daß die Polizeibeamten gegen die Menge nicht aufkommen konnten und den Sch. freilassen mußte. Da die Menge mit vereinten Kräften die Freilassung des Sch. erzwang, werden alle, an diesen Handlungen Teilnehmenden, die Strafe des Auftrags zu gewärtigen haben und zwar jeder, der sich freiwillig in dieser so fähigen Verbindung (Vereinigung) befindet hat. Nachdem der Polizeibeamtenkommissar die Menge dreimal aufgefordert hatte, verog sie sich jedoch in dem irigen Glauben, es genüge ein kurzes Weitergehen. Da aber eine vollkommene Auflösung der Anjammlung auf die polizeiliche Aufforderung erfolgen muß, wird sich auch deswegen eine ganze Anzahl zu veranlassen haben.

o. \* **Berichtigung von Kohlen und Fleisch**. Nachdem die Reichsregierung zur Verbilligung von Kohlen und Fleisch Richtlinien her-

# Die anerkannt guten und leistungsfähigen Firmen für Bau, Eigenheim und Lebensbedarf!

<p><b>Jetzt ist es Zeit Möbel zu kaufen!</b></p> <p><b>Eich, Schlafzimmer</b> in verschiedenen Ausführungen. Eigene Benfertigung. Konkurrenzlos im Preise!  <b>Herrenzimmer</b> in Eich und Spieleschimmer / Nussbaum  <b>Küchen</b>, lasiert und farbig                  Außerst billig!  <b>Särge</b> in allen Preislagen</p> <p><b>Backhaus &amp; Hoffmann</b>                  Bau- und Möbelschleier</p>		<p>Der Zuspruch und Anklang, den unsere <b>Inventur - Rekord - Preise</b> gefunden haben, ist uns ein Beweis, daß wir eine außergewöhnliche Einkaufsgelegenheit damit bieten . . . .</p> <p><b>Herren- u. Damen-Konfektion</b> tells bis 75 Prozent herabgesetzt</p> <p>Alle übrigen Preise sind eingestellt. Sie werden durch unsere <b>Rekord-Leistung</b> überrascht sein. Unsere Auslagen treten den Beweis dafür an / / / / /</p> <p><b>Biene &amp; Schneider</b></p>		<p><b>Heinrich Klix</b>                  Baugeschäft und Holzhandlung                  Hammeltrift 40                  Fernsprecher 424</p> <p><b>Ausführung sämtl. Bauarbeiten</b>                  Bau-Entwürfe                  Statische Berechnungen</p> <p>Spezialität: Schließelartige Häuser                  Komplette Siedlungsbauten</p>					
<p><b>Die Dampf-Ziegelei</b></p> <p><b>Otto Kruse / Ziegelstraße Fernruf 406</b>                  ist bekannt für Lieferung erstklassigen Baumaterials. Wer bauen oder umbauen will, bevorzugt daher nicht auswärtige Firmen, sondern die einheimischen, einmal der guten Bedienung wegen und dann zur Verminderung der Arbeitslosigkeit in Oschersleben!</p>		<p><b>Der richtige Ofen schafft</b></p> <p>erst Gemütlichkeit im eigenen Heim. Wollen Sie hierin gut u. zuverlässig bedient sein, dann wenden Sie sich bitte an das Ofengeschäft <b>Albert Schweitzer</b>, Gartenstraße Nr. 37</p>		<p><b>Bevorzugt</b></p> <p>einheimische Industrie                  einheimischen Handel                  einheimisches Gewerbe</p> <p>Ihr mindert dadurch in Oschersleben die <b>Arbeitslosigkeit!</b></p>					
<p>Täglich frische <b>Hausgeschlachtewurst</b> im alten Geschäft bei <b>Carl Günther</b> Halberstädterstr. 90.</p>		<p><b>WARUM DER RECHTEN Zigarillos?</b></p> <p>Well aus feinsten Tabaken hergestellt, leichte, würzige Qualität, staub- und rippenfreie Blattelnlage, erstklassiger Brand; deshalb so bekömmlich und gern geraucht!</p>		<p><b>Was - Sie können nicht</b></p> <p>hier in Oschersleben ein gutes Baugeschäft finden, das Ihnen Ihre Wünsche restlos erfüllt und Ihnen jede Reparatur ausführt</p> <p><b>?</b></p> <p>Halten Sie bitte Umfrage! Sie werden auch von Oscherslebener Firmen gut bedient und brauchen Ihr Geld nicht nach auswärtig zu bringen.</p>		<p><b>Dachdeckermeister Franz Vollmer</b>                  Barbierstraße Nr. 3                  Fernsprecher Nr. 405</p> <p><b>Dachdeckung</b></p> <p>Bauglaserer / Glasbandlung / Kiehlatt                  Baumaterialien                  Spez.: Liebernahme ganzer Siedlungsbauten</p>			
<p>Immer gute Ware <b>Führt der Fleischer Klare!</b>                  Willst Du gute Ware, <b>Dann kauf nur bei Klare!</b></p> <p><b>Klare</b>                  das Geschäft für Dich</p> <p>in feinsten Fleisch- und Wurstwaren bei erschwinglichen Preisen. <b>Ritterstr. 2</b></p>		<p><b>Möbel-Steffens</b></p> <p>Halberstädterstraße 81                  Fernsprecher Nr. 124</p> <p><b>Einzig gut! Preiswert!</b></p>		<p><b>Stragula</b></p> <p>Balatum, der saubere Fußboden-Belag! Ermäßigte Preise! Erhältlich bei <b>Paul Dunkelberg</b> am Bahnhof</p>		<p><b>Stadt-Bad</b>                  Inh.: Johannes Wilke                  Oschersleben-Bode                  546 Fernsprecher 546</p> <p>Wannenbäder                  Brausebäder                  Medizin. Bäder                  Lichtbäder                  Massage</p> <p>staatl. gepr. Masseur                  und Masseurin                  Zugelassen bei allen Krankenkassen</p>		<p><b>Hygienische Einrichtung</b></p> <p>Ist Grundbedingung für eine richtige Bäder, ebenso allergrößte Reinlichkeit u. Ordnung! Wer hierin einwandfrei bedient sein will, wer <b>appetitliches Gebäck</b> genießen will, kaufe bei mir</p> <p><b>Herrn. Hasse, Dampfbockerei, Berlinerstraße 25</b></p>	

Vornehmste Pflicht unserer Parteigenossen und Gewerkschaftsmitglieder sowie ihrer Angehörigen ist es, die vorstehenden Firmen in allererster Linie zu berücksichtigen und ihrem Bekanntheitskreis nachdrücklich zu empfehlen. Beachtet immer und immer wieder - heute mehr als je! - diejenigen Firmen, die durch stetes Inserieren im „Halberstädter Tageblatt“ ihr Interesse an Eurer Kundschafft zeigen! Keinem andern Euer Geld!

# Die Wasserversorgung um Dessau.



Bewohner eines Hofes am Hochwasser umgebenen Dorfes an der Mulde bringen ihre Güter notdürftig auf Kähnen in Sicherheit. Der durch die Hochwasser angedrohter Schaden wird sich erst nach Berlaufen des Wassers übersehen lassen. Schon jetzt sieht fest, daß zahlreiche Gebäude im Umfeld so stark unterteilt sind, daß sie kaum mehr zu bewohnen sein werden. Die Mulde bei Dessau ist auf 3,5 m gesunken, aber die Elbe, wie erwartet, auf 4,05 m gestiegen; Hochwasserfahrzeit besteht jedoch nicht mehr. Anwohner konnte mit den Aufräumungsarbeiten begonnen werden. Am meisten gefährdet haben die Dessauer Wälder; verschärfend sind Mauern eingestürzt. Stark beschädigt ist auch der jetzt wieder freiliegende Wall zwischen Dessau Ost und Dessau West. —

ausgegeben und die Verteilung von Guthaben bereits begonnen hat, kommen täglich viele Rentenermäpfer zum Wohlfahrtsamt, um ebenfalls Guthabenscheine zu empfangen. Den Beamten des Wohlfahrtsamtes tut es leid, die meisten dieser Rentenermäpfer abweisen zu müssen, weil bestimmte Vorschriften über die Empfangsberechtigung bestehen. Es soll hierdurch nochmals darauf hingewiesen werden, wer zum Bezuge von verbilligtem Fleisch so wie Kohlen berechtigt ist. Nach den ergangenen Vorschriften sind bezugsberechtigt a) die Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung, b) die Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung, c) die öffentlichen Fürsorgeämter als Hauptunterstützer in höherer Fürsorge unterliegenden Personen, d) Empfänger von Zulagen nach dem Reichserwerbslosengesetz, soweit diese ausschließlich auf Rente und Zufahrtsertrag angewiesen sind. Die unter a) und b) Genannten sind bezugsberechtigt, soweit Familienzuschläge gezahlt werden; die unter c) und d) Bezugsberechtigten, soweit sie einen eigenen Haushalt führen. Alle übrigen Rentner, die Invaliden-, Alters- oder Witwenrenten beziehen, haben einen Anspruch auf Guthabenscheine, wenn sie auch vom Wohlfahrtsamt Sozialrente erhalten. Alle übrigen Rentner, die nur durch die Post Rente beziehen, haben einen solchen Anspruch nicht. Ebenso haben keine Anspruch die Empfänger von Rente und Zulagen nach dem Reichserwerbslosengesetz, die neben dieser Rente noch Invaliden- oder Altersrente aus einem früheren Arbeitsverhältnis beziehen. Auch Kurzarbeiter haben leider keinen Anspruch. Es ist ohne weiteres ersichtlich, daß durch diese sehr strengen Bestimmungen sehr große Härten entstehen, zumal diejenigen Personen, die von der Landesversicherungsanstalt den Nachschub der gehobenen Fürsorge erhalten, keinen Anspruch auf Guthabenscheine haben, während diejenigen, die den Nachschub vom Wohlfahrtsamt erhalten, berechtigt sind, Guthabenscheine zu beziehen. Wenn diese Zeiten hauptsächlich geduldet sind, um Unterstützung zu leisten, so wäre wünschenswert, wenn die maßgebenden vorgelegten Behörden die nicht zu bestreitenden Ungerechtigkeiten, die in der Verteilung von Guthabenscheinen liegt, anerkennen und sie beseitigen.

## Aus Quedlinburg

- a.\* Die Freiheit hält am Montag den 11. Januar, 20 Uhr, eine wichtige Mitgliederversammlung ab. Erscheinen aller Mitglieder ist erforderlich.
- q.\* Abgabe von verbilligten Kohlenbezugscheinen. Am 13. Jan. von 15-16,30 Uhr Buchstabe A-K, von 16,30-18 Uhr L-Q. Gebührende Fürsorge von 15-18 Uhr. Siehe amtliche Bekanntmachung in der heutigen Zeitung.
- q.\* Rote Fäulen. Die roten Fäulen kommen nach wie vor zu ihrem Fortkommen.
- q.\* Verbilligtes Fleisch und verbilligte Kohlen. Die von der Reichsregierung angeforderte Herausgabe weiterer Fleisch- und Kohlenkarten an Bedürftige können jetzt zur Verteilung. Die Ausgabe der Bezugscheine für Fleisch und Kohlen erfolgt am Mittwoch den 11. Januar, im städtischen Wohlfahrtsamt, Wallstr. 13.
- q.\* Die Dohle wieder gefangen. Nachdem im Laufe des Donnerstags die Dohle eine Südfeldschnecke von 1,52 m erreichte, fiel der Wetterbericht nach am gleichen Tage, um gefahren. In der einen Stand von 1,15 m zu erreichen. Damit ist die Hochwasserperiode, die bei 1,40 m in Frage kommt, erheblich unterschritten.

## Kreis Quedlinburg

Das Suderode, 9. Januar. Einen schönen Erfolg hat das vom Winterhilfsauschuss durchgeführte Silvestergebot. 2200 Kr. Kohlen konnten zum verbilligten Preis von 75 Pf. abgegeben werden. Außerdem wurden den Arbeitslosen von der Grube Nachterstedt 100 Zentner Kohlen kostenlos zur Verfügung gestellt. Ferner wurden über 100 Zentner Kartoffeln unentgeltlich abgegeben. Die im Dreiwöchigen Südfeldschnecke ungebogen etwa 300 Mark, etwa 3 1/2 Zentner Südfeldschnecke, 12 1/2 Zentner Kartoffeln, 1 Zentner Gries und Reis, sowie andere Lebensmittel, 10 Pfund Bienenhonig, Wurstwaren, Öl und einige Wirtschaftsgüter. Außerdem ein großer Kasten Kleidungsstücke. Ferner ist beschafft, ein Militärkonzert und eine Konzertstunde der Kapelle unter Mitwirkung aller Suderoder Bergvereine, zum Besten der Winterhilfe zu veranstalten. — Am 7. Januar findet bei der Erntebesprechung unserer Dörfer, die Arbeitslosenkontrolle nicht mehr in Quedlinburg, sondern hier am Dreiwöchigen, ein langangelegter Diebstahl der Erntebesprechung endlich in Erfüllung gegangen. Die Kontrolle findet stets zur festgesetzten Zeit, im Sitzungssaal des Rathauses statt.

## Aus dem Lebertreibe

Lanzenstein, den 6. Januar. Zu dem Artikel des Herrn Schornbaum im Südfeldschnecke vom 3. Januar 1932 muß ich feststellen, daß im Lebertreibe ein Fehler unterlaufen ist. Es sollte doch mindestens in dem Satz heißen: Die Bekämpfung wurde bevorzugen durch ein Heberanbot landwirtschaftlicher Produkte auf dem Hofmarkt erworben und durch ein Emporhalten der Getreidepreise, also durch Steigerung der Produktionsmittel, erreicht. Ich muß ihm sagen, daß es auch heute noch arbeitslose Menschen in Massen gibt, wenn man sie nur richtig bezahlt. Selber Sie, Herr Schornbaum, nur herzlich froh, daß Sie nicht arbeitslos sind. Für die Hausfrauen in Ihrem Dorfe wäre es schon eine sehr große Erleichterung, wenn die Wasserleitungsarbeiten sofort wieder. Aber im Ernst denkt man in der Regel nicht daran, die Hausfrauen zu entlasten, da man es immer noch als Baumaterialien, wie anlieh, daß wir hier keine weitere Verbesserung machen, aber das eine muß noch erledigt werden: Wenn in einem landwirtschaftlichen Großbetrieb an einem einzelnen Diener allein vier Dreifachdiener, trotz lediger Bettina, wegen Reparaturunfähigkeit ausgemerzt oder hadmalchen auf dem Felde von den Gehörlosen erst in Anspruch genommen werden müssen, ist es ja leicht erklärlich, daß man trotz der arbeitslosen Frauen nicht restlos wirtschaften kann. Otto Kranz in Lanzenstein.

## Aus der Partei

Stuttg. 8. Januar. (Sig. Drath.) Der Senior der württembergischen Sozialdemokraten Karl Sperla ist im 79. Lebensjahre gestorben. Sperla ist der Sozialdemokratie als junger Hand Schuhmacher in der Zeit vor dem Ausbruch der getreten und wurde sehr bald einer der ersten und einflussreichsten Führer der württembergischen Sozialdemokratie. Er war jahrelang Leiter der Landesorganisation. Von 1907 bis 1912 gehörte Sperla dem Reichstag an. In zahlreichen Parteitagungen der deutschen Sozialdemokratie hat er als Delegierter teilgenommen. Sperla hat seiner Aufgabe als Parteiführer stets mit großer Fähigkeit und organisatorischem Geschick entprochen und war daher in Württemberg weit über dessen Grenzen hinaus eine hochgeschätzte Persönlichkeit, die der württembergischen und mit ihr die deutsche Arbeiterbewegung stets ein ehrendes Andenken hinterlassen wird.

# Mitteldeutsche Rundschau.

## Nazi-Hinter wegen Unterschlagung verurteilt.

Halle, 8. Januar. (Sig. Bericht.) Wegen Unterschlagung in zwei Fällen wurde von dem Schöffengericht Halle der Bruder des ehemaligen Naziführers und preußischen Landtagsabgeordneten Paul Hinter (Halle) der in der NSDAP ebenfalls tätig war, zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Von den drei Mitangeklagten, ebenfalls iramme Nazis, wurde der Kaufmann Paul Albrecht wegen Betrages zu einer Geldstrafe von 150 M verurteilt. Der der Anklage angeklagte Kaufmann Fritz Schwab und der der Beihilfe angeklagte Straßensammler Johann Hinter wurden wegen Mangels an Beweisen freigesprochen.

Der Streich liegt folgendes zugrunde: Hinter kaufte feinerzeit, obwohl er ein strommer Nationalsozialist ist und deshalb grundsätzlich mit Juden keine Geschäfte abschließen darf, von dem Weissen Albrecht, der ebenfalls als Halenkreuz führt und deshalb auch grundsätzlich nicht für eine jüdische Firma arbeiten dürfte, eine Singer Nähmaschine, also ein jüdisches Fabrikat. Er leistete jedoch nur eine ganz geringe Anzahlung. Die Anzahlung „vergaß“ er. Hinter mit ihm der Gedanke gekommen sein, „du darfst als Nationalsozialist kein jüdisches Fabrikat in deinem Hause haben!“ Deshalb kaufte er, obwohl er inzwischen arbeitslos geworden war, von dem „Fg“ Albrecht eine zweite Maschine, diesmal ein indonesisches Fabrikat und zwar auf dieses Weile, indem er nur eine kleine Anzahlung leistete und wiederum das Geld „vergaß“.

Nicht mit Unrecht begehrt der Staatsanwalt und das Gericht, die rechtsmäßige Begründung des zweiten Kaufes als Mumpst. Denn obwohl Hinter seinen Freunden erzählt hatte, er sei von seinem Bruder mit einem Monatsgehalt von 400 M als Redakteur beim „Kampf“, dem offiziellen Organ der mitteldeutschen Nazis, angestellt worden (Wetterwirtschaft), war er damals doch völlig mittellos, da das schwindelartige Wäthen verboten war. Es ließ sich daher der Einwand nicht wegweisen, daß Hinter seinem Freunde Albrecht nur eine unredelmäßige Provision zugesprochen wurde.

Aber es sollte noch schlimmer kommen. Hinter, ein mehrfach einschlägig und auch wegen Diebstahls vorbestrafter Mann, glaubte, daß er sein Geld leichter verdienen könnte als durch Arbeit. So begab sich der irrende Nationalsozialist und Bruder des Naziparlamentarier und Gauleiters der NSDAP in die Gesellschaft des fünfzehn Mal vorbestraften Albrechters und — Juden Schwab. In wenigen Stunden wurde der Nazibühne der Duffreund des Juden, der Nationalsozialist Hinter empfangt seinen Freund, den Juden, schon am frühen Morgen und bewirtete ihn nach nationalsozialistischer Konzeption — mit französischem Wein und Get. In es wurde sogar ein großes Freigelege auf Rump veranfaßt. Da Hinter von der Weierfirma unter der Vorkriegszeit, er habe 800 M genommen, Kredit eingekauft wurde, wird auch diese Praxiser noch Gegenstand eines Prozesses sein. Schwab hatte nämlich Hinter dazu verführt, durch Remoiten Geld zu verdienen. Mit dem Erlös eines verlegten Klaviers fuhr man nach Berlin. Trotz der guten Tips, die der Jude dem Nazi gab, ging das Geld verloren. Ein zweites Mal fuhr man ohne Geld nach Berlin und zwar per Auto, daß der Angeklagte Hinter gefährt hatte. Aber auch dies fuhr ins Nichts, was erfolgslos. Der Betrug war hier Hinter, denn man die Sachverhalte nicht bezahlt hatte. Da Hinter auf sein Geld drängte, ließ Hinter die nicht bezahlte Singer Nähmaschine (mit dem jüdischen Hut) beim Affimarenjuden durch Schwab verlegen. Da aus dieses Geld nutzlos verneimt wurde, wurde die zweite, ebenfalls nicht bezahlte, aber arische Nähmaschine — immer als Eigentum Hinters — durch Schwab verlegt. Von dem Geld hat Hinter angeblich wieder nichts Verleglich darüber schrieb er an die qualifizierten — jüdischen — Verwandten Schwabs einen Brief, in dem er mit dem erpresserischen Hinweis, er werde die ganze Angelegenheit in der er selbst der Hauptkugler (war) von seinem großen Bruder im höchsten Nazi-Kampf“ veröffentlichen lassen, sein Geld zurückforderte.

Die Verhandlung hat ein trübes Bild von Leuten entworfen, die es lieber heute in Deutschland gibt.“ So leitete der Vorsitzende des Gerichtes die Urteilsverkündung ein. Er hatte damit durchaus Recht, denn auch die Art, wie sich die beiden

vor Gericht benahmen, entspricht keineswegs dem, was sich Jünger heute finden vom „Dritten Reich“ vorstelle. Hinter, obwohl er mehrmals bestraft, spielte sich auf der harmlose Seite ab, der dem bösen Juden auf den Leim ging. Allerdings ohne Erfolg.

## Die Verhehlungen im Harz beboben. — Neue Hochwasserwelle.

Goslar. Der Eisenbahnverkehr von hier nach dem Oberharz, der auf der Strecke von Rangelsheim bis Wildemann infolge des Umweilers nur mit dem Postomnibus aufrechterhalten werden konnte, wurde jetzt von Lauenhof nach Altenau wieder aufgenommen, nachdem es der Reichsbahn gelungen ist, die Strecke von Rangelsheim nach Wildemann mit einer geeigneten Verbindung fortzuführen. Anfolgebahnen darf man mit einer geeigneten Verbindung gerechnet werden, wodurch die erheblichen Zugüberfüllungen nach dem Oberharz und zurück von einer Stunde und darüber verläßt werden. Auf der Braunsehweiger Strecke wurde der Verkehr nach Wiederherstellung des Schienenstranges zwischen Südharz und Borsum einseitig wieder aufgenommen, so daß der sehr ungenügende Verkehrsverkehr in Borsum fortgeht. Die Verbindung auf der Silberseimer Strecke zwischen Dornberg und Groß-Düdingen wird auch ferner noch einseitig geführt, da das Hochwasser zwischen diesen beiden Stationen eine Wiederherstellung des vollen zweigleisigen Verkehrs noch nicht erlaubt. Nachdem am Donnerstag morgen einige Züge die Durchbrüche des wiederhergestellten Eisenbahnnetzes befahren hatten, mußte der Zugverkehr auf der Strecke Borsum-Harzberg wieder eingestellt werden. Die Wasserläufer unterpflügen von neuem ebenfalls den Eisenbahnstamm der Strecke Borsum-Harzberg.

## Mordverfuch einer Geisteskranken an ihrem 11jährigen Kinde.

Magdeburg. In der Nacht zum Freitag gegen 2 Uhr morgens verurteilte die in der St.-Michaelsstraße wohnhafte Ehefrau Th. ihre 11jährige Tochter Johanna mit einem schweren Beil zu erschlagen. Ueber die Tat selbst werden folgende Einzelheiten bekannt: Die Eheleute und die 11jährige Tochter legten sich am Donnerstag abend gegen 22 Uhr schlafen; das Kind schlief bei der Mutter. In der Nacht will der Ehemann plötzlich durch dumpfe Schläge aufgewacht sein. Er fand auf und sah, wie seine Frau das Oberbeil über das Kind warf und in das Schlafzimmer lief. Er ging ihr nach und stellte fest, daß sie ein Beil, das sonst immer im Keller aufbewahrt wurde, in der Hand hatte und hinter den Ofen stellte. Er ging nun an das Bett des Kindes und mußte zu seinem Entsetzen feststellen, daß es blutüberströmt und schwer verletzt war. Die Frau schrie währenddessen: „Gib mir das Beil, mein Kind soll sterben.“ Der Schuß des Kindes war linksseitig gerichtet. Man bedürftigste sofort die Polizei, die nach kurzer Zeit die Ermittlungen aufnahm. Da das Kind noch Lebenszeichen von sich gab, wurde es dem Suderburger Krankenhaus zugeführt. Die Ehefrau wurde festgenommen. Auf der Wache war sie sehr erregt und behauptete sich eine Wahnsinnige. Frau Th. ist seit einigen Jahren verrentet. Es kann wohl mit Sicherheit angenommen werden, daß die gruppige Tat in einem Zustand von frontaler Willenshemmung und plötzlich auftretender gemeingefährlicher Bestrafung begangen worden ist. Das schwerere Kind liegt in hoffnungslosem Zustande darnieder.

## Ein Trompeter erschlagen!

Dessau, 8. Januar. Das langjährige Mitglied des Dessauer Stadt-Orchesters und der Kapelle Fuchs, der Trompeter Otto Müller, war eine feldbestimmte und gern gesehene Persönlichkeit. Er beherrschte sein Instrument meisterlich, und er wurde auch öfters zur Mitwirkung bei Opernaufführungen im Friedrich-Theater zugezogen. So sollte er jetzt bei der „Aida“-Aufführung mitwirken. Der Tod machte einen Strich durch diese Wäthen. Vor mehreren Tagen geriet ein Kollege mit ihm in Streit wegen geschäftlicher Dinge. Man verließ das Lokal. Flüssig wurde Müller, nachdem er bereits nach seiner Wohnung war, von dem freilebenden Kollegen eingeklopft und mit dem eigenen Axtenständer zweimal demohren über den Kopf geschlagen, daß er die Bestimmung verlor. Kollegen transportierten ihn nach seiner Wohnung. Es trat eine Gemeindeführung hinzu, der Otto Müller im Krankenhaus erlegen ist.

## Kommunistenverhaftungen.

Bitterfeld. Die Polizei hat den kommunistischen Betriebsratsvorsitzenden des Aluminiumwerks bei der S. G. Farben und ein weiteres kommunistisches Beleglohnmitglied des Betriebes festgenommen. Die Verhaftung erfolgte wegen des Versuches, die Beleglohn zur Niederlegung der Arbeit zu veranlassen.

**Bermischtes**

**Amerika spendet eine Million für die Welt-Goethe-Ausgabe.**



Präsident Nicholas Murray Butler.

Der vorige Nobelpreisträger, auf dessen Veranlassung die Carnegie-Stiftung und die Bibliothek der Columbia-Universität in New York eine Spende von summieren einer Million Mark für die geplante 50bändige Goethe-Ausgabe der Stadt Mainz genehmigt haben.

**Der Revolverwahn.**

In einer Detschaf von 5 Jahren hat ein 17jähriger Burche seinen Anteil aufgebracht, um ihn durch mehrere Revolvererschüsse ferner verlegt, um ihn zu veranlassen.  
Der Fall verdient eine nähere Betrachtung, denn der Junge hatte nicht weniger als vier geladene Revolver zu diesem Ueberfall eingepackt. Mit diesen vier Revolvern hielt der Junge, der noch nicht trocken hinter den Ohren ist, sozusagen das Leben von 25 Menschen in der Hand!

Diese Bewaffnung war nicht Mittel zum Zweck des Raubüberfalles, sondern der Raubüberfall war die unglückliche Folge des Revolverwahns, der hier nach der Waffe, die Stadt nach dem Besitz von Schusswaffen.  
Dieser Revolverwahn aber ist nicht ein vereinzeltes Fall! Er ist eine Manie, der große Zelle der heutigen Jugend ergreifen hat. Er ist Ausdruck der Verwirrung der Geirne der Jugend durch die pulschüssigen Verbände, die junge Burchen auf den Mann drehen und die der Jugend die Hemmungen gegenüber dem Wahnsinn vornehmen. Diese pulschüssigen Verbände sind nicht nur eine Gefahr für die staatliche Ordnung, sie sind vor allem Dinge eine ungeheure Gefahr für die seelische und moralische Entwicklung der Jugend.  
Es ist leicht, den Jungen mit den vier Revolvern als eine verdorbene Verbrennerin beiseite zu schieben, richtiger ist es, den Ursachen seiner Verderbnis nachzugehen und sie zu bekämpfen!

**Zauber.**

Ein Berliner Berufszauberer, der jetzt 62 Jahre alt ist, läßt aus Reklamegründen mitteilen, daß er vor dem Kriege zwölf Jahre hindurch die Zauberprogramme für die alljährlichen großen Nordlandreisen des Kaisers zusammengestellt habe. Dank der Weiterempfehlung durch Wilhelm sei er der Lieblingszauberer des Königs von Sachsen geworden und habe in den Familien der Hocharistokratie, Finanz und Industrie, bei Krupp und Thyssen Eingang gefunden.  
Die leitenden Kreise des wilhelminischen Systems haben sich also mit Vorliebe etwas vorzaubern lassen. Leider haben sie sich nicht darauf beschränkt, sie haben vielmehr auch anderen etwas vorgezaubert, und das deutsche Volk hat die Politik des fernen Zaubers dann begreifen müssen!

Nazi-Theater pleist. Das Berliner „Deutsche Nationaltheater“ der NSDAP, das im Theater am Schiffbauerdamm ein nur kurzes und künstlerisch recht unruhiges Geistespiel gab, hat seine Pforten wieder geschlossen. Die Leitung des Theaters hat der Theaterleitung des Berliner Polizeipräsidenten mitgeteilt, daß ihre Mittel erschöpft seien. Mit bombastischer nationalsozialistischer Propaganda, begleitet von Attraktionen und Schreien der Böbels und Sinfel, war der Laden färmend aufgemacht und mit Leo Benz „Sämtlicher Brautfahrt“ zuletzt zu fügen verurteilt worden. Aber selbst diese harmlose Brautfahrt konnte die Fahrt in die Pleite nicht verhindern.

**Brüder Saß verurteilt.**

**Wegen Vorbereitung der Münzfälschung zu je einem Jahr Gefängnis.**

Franz und Erich Saß wurden vom Schöffengericht Berlin-Mitte am Donnerstag gegen den § 151 des St.-G.-B. zu je einem Jahr Gefängnis verurteilt. Der Antrag des Staatsanwalts lautete auf je anderthalb Jahre Gefängnis.

Um die Erstizung der beiden Brüder Saß schwebt ein fast romantisches Geheimnis, das auch durch die Berliner Gerichtsverhandlung vom Freitag nicht gelöst worden ist. Nach wie vor weiß man nicht, ob Erich und Franz Saß als die „Bantrüber vom Willenbergplatz in Berlin“ zu gelten haben. Lange Zeit fanden sie unter dem bringenden Verdacht, jenen raffiniert durchgeführten Einbruch bei der Disconto-Gesellschaft verübt zu haben. Den Tätern fielen damals große Geldsummen in die Hände, wegen mangelnder Beweise mußten die Brüder Saß jedoch außer Verfolgung gesetzt werden.

Im Jahre 1930 hatte sich ein Berliner Gericht mit Erich und Franz Saß im Anschluß an einen anderen Vorfall zu beschäftigen. Die Brüder waren in einem Hause in der Flemingstraße in Berlin-P. bei geheimnisvollen Erbarbeiten überfaßt worden. Man vermutete veränderten Einbruch. Die Brüder behaupteten jedoch, daß sie in dem Hause ein Verbot für ihre Waffe und andere Papieren anlegen wollten, da in ihrer Wohnung dauernd Hausdurchsuchungen stattfanden. Vom Gericht wurden sie wegen Hausfriedensbruchs und Sachbeschädigung zu je einem Monat Gefängnis verurteilt. Ein andermal waren die Brüder bei merkwürdigen Erbarbeiten auf einem Kirchhof in Charlottenburg erloppt worden. Franz und Erich Saß hatten an der Kirchhofmauer einen regelmäßigen Unterstand gebaut, ein Versteck zur Aufbewahrung des Bankguthabes? Ein Schutzplanke? Damals konnte man ihnen überhaupt nichts nachweisen.

Jetzt standen Franz und Erich Saß wieder vor Gericht. Diesmal lag die Sache jedoch weniger harmlos aus. Als eines Tages die Brüder Saß, deren sprichwörtliches Schmeigeln bei allen politischen und richterlichen Vernehmungen den Beschöden immer wieder rechtlich erschien, eines Tages wieder den Besuch von Kriminalbeamten erhielten, fand man in ihrer Wohnung ebenfalls geheimnisvolles Material, das nach Ansicht des Gerichts zur Vorbereitung von Münzfälschungen geeignet war. Dieser Besuch war aufgrund der Anzeige eines Charlottenburger Gahrbranten erfolgt, bei dem die Brüder recht eindeutige Stempel bestellt hatten. Die Brüder Saß wurden verhaftet. Wieder waren sie schweigsam wie bisher immer. Die Verteidiger verurteilten den Untersuchungsrichter die Verantwortlichkeit seiner Anzeigen nachzuweisen und beantragte Haftentlassung. Das Gericht lehnte den Antrag jedoch ab; die Untersuchungsrichter glaubte an die beschuldigte Münzfälschung; man hielt Verdachts und Verdunfelungsgefahr für gegeben.

Der hagere schwarzhaarige Erich und der rundliche blonde Franz verurteilten sich bei der Verhandlung am Freitag ruhig und nicht ungeschickt, wenn auch nicht mit jenem trockenen, überlegenen Humor, den man von ihrem früheren Auftreten vor Gericht von ihnen gewohnt ist. Sie hatten wohl sehr das Gefühl, daß diesmal die Anklagen gegen sie sprechen. Mit Hermschickheit bemühten sie sich im Verein mit ihrem Verteidiger, dem Gericht klar zu machen, daß

das ganze Material, das bei ihnen gefunden wurde, dazu dienen sollte, die Möglichkeit der Putschfähigkeit vorzubereiten. Der Verteidiger räumte auch die Möglichkeit einer Vorbereitung zur Erwerbung der Kenntnis der Herstellung falschen Papiergeldes ein, gab aber zu bedenken, daß die bei den Brüdern aufgefundenen Wasserzeichen, Trockenstempel, Klischees und sonstigen Materialien bei der Herstellung falscher Wälle notwendig seien — seine Anklagen wären doch Geschätzte, außerdem seien sie nun einmal sehr reiflich.

Erich Saß: „Ich wollte einen Gummiempel haben, um ein Papier für die Herstellung eines Pafes zu gründen. Inlere Pafes waren von unferen Angehörigen verbrannt worden. Die Polizei wollte uns neue geben.“ W.r.: „Sie haben aber beim letzten Haftprüfungstermin anders ausgelegt. Sie haben behauptet, Sie wollten falsche Gelbbilche, sogenannte Willen herstellen, um sie zu Reklamewerken zu gebrauchen.“ Er sah es für bewiesen an, daß die Brüder Saß falsches Geld herstellten und in Verkehr bringen wollten. An der Tatsache, daß die Brüder keine betriebende Kunstfert über ihr Einkommen geben konnten, erklärte der Vertreter der Anklagebehörde gleichfalls ein belastendes Moment.

Darauf der Verteidiger: „Sind die Brüder Saß die Discontoanwärter und Besitzer einer Millionenrente, dann haben sie nicht nötig, Zehnmarkscheine zu fälschen. Sind sie es nicht, dann machen sie nicht so kumm sein, den Verdacht gegen sich durch Vorbereitung einer Münzfälschung zu verärfen: Sie mußten ja stets mit politischen Hausdurchsuchungen rechnen. Aber dann abgehen: Wo ist das ganze andere Material, das zur Herstellung von falschen Zehnmarkscheinen notwendig ist?“

Das Gericht, das zur Verurteilung der Angeklagten zu je einem Jahr Gefängnis kam und die Haftenthaltung des Haftbefehls verweigerte, berief sich in seinem Urteil auf das (unter Ausschluß der Öffentlichkeit erhaltene) Gutachten des Sachverständigen, Kriminalkommissar Liebermann, vom Haftgefängnisbezirk der Berliner Kriminalpolizei. Für seine Stellungnahme war dem Gericht besonders maßgebend, daß die aufgefundenen Trockenstempel und Wasserzeichen (im Gegensatz zur Darstellung der Verteidigung) so beschaffen gemelten seien, daß sie ganz offenbar nicht für Pafes sondern für Geldfälschungen in Anwendung kommen sollten. Die Brüder blieben während der Verhandlung des Urteils recht launig dreist; gleich nach der Begründung erklärten sie Berufung einlegen zu wollen.

**Aber das Geld nimmt er!**

Ein SA-Schäppling in Bekau in Sachsen, der bekannt dadurch ist, daß er das Maul weit aufreißt gegen die Republik, zog in einem öffentlichen Vorfall seine Erwerbslosenkontrollkarte aus der Tasche. Unter geschwätzigen Beschimpfungen des Arbeitsamtes, tauchte er feins Bier und wisperte damit den Tisch ab.

Als wollte der madere SA-Mann auf die Arbeitslosenunterstützung pfeifen, er wollte nicht mehr zum Arbeitsamt gehen und dort Unterstützung abholen? Mit Indign. Er erklärte zu seiner Sauerei: „So ist es in Deutschland, ich bekomme trotzdem am Freitag mein Stempelgeld.“

Das Geld nimmt er natürlich! Damit das Bild vollständig wurde, entschuldigete er sich, als er zur Verantwortung gezogen wurde, de- und wehmütig mit vollständiger Betrunktheit.

Zwei Frauen verbrannt. In Annemasse in der Nähe von Genf hatten zwei Frauen ihre Kleider in der Nähe eines brennenden Ofens mit Benzin gereinigt. Pöhlisch erfolgte eine Explosion. Die Frauen verbrannten bei lebendigem Leibe.

**Hoffmanns Drill.**

In der Freitag-Sitzung des Berliner Starek-Prozesses verurteilte der angelegte Stadtdirektor Hoffmann seine Töte, daß er im geschäftlichen Verkehr mit der von ihm beauftragten Firma Starek deshalb bedeutendes gewesen sei, weil es sich bei der von den Stareks befestigten Berliner Anstufungsgesellschaft um eine städtische Gesellschaft gehandelt habe. W.r.: „Über ein telephonischer Anruf hätte doch genügt um festzustellen, daß für die Schecks der Stareks auch nicht ein Pfennig Deckung vorhanden war.“ Hoffmann: „Aber Herr Vorleser, die Beamten waren von mir doch so eingedrillt, daß nach menschlichem Ermessen alles klappen mußte.“ W.r.: „Da ich eben Ihr ganzer Drill nichts merkt gemacht und Sie können sich auf die Klusidung Ihrer Beamten nichts einbilden.“ Es wurde dann weiter festgestellt, daß die auf Aufgeschöften beruhenden Schecks der Firma Starek, die für die Stadtbank die Kreditunterlage bildeten, in verschlossenen Briefumschlägen bei der Stadtbank hinterlegt wurden und (nach Aussage des angeklagten Starek-Buchhalter Behrmann) genau so in verschlossenen Umschlag wieder zurückkamen. Die beiden Stadtdirektoren Hoffmann und Schmidt haben sich um den Anhalt der Briefumschläge überhaupt nicht gekümmert. Einmal kam durch Zufall ein Blankformular in einen solchen Briefumschlag; niemand hat davon etwas gemerkt...

**Gültig ab 1. Januar 1932**

**Neue Ladenverkaufspreise für Henkel-Erzeugnisse**

<b>Peril</b>	das selbsttätige Waschmittel	68 Pfennig das Doppelpaket
<b>Peril</b>	das selbsttätige Waschmittel	36 Pfennig das Normalpaket
<b>Henko</b>	Henkel's Wasch- und Bleich-Soda	13 Pfennig das Paket
<b>(M)</b>	Henkel's Aufwasch-, Spül- und Reinigungsmittel	20 Pfennig das Paket
<b>Sil</b>	Henkel's Bleichmittel	17 Pfennig das Paket
<b>Ata</b>	Henkel's Scheuerepulver (fein)	18 Pfennig die Streulflasche
<b>Ata</b>	Henkel's Scheuerepulver (grob)	13 Pfennig das Paket
<b>Dixin</b>	Henkel's Seifenpulver	23 Pfennig das Paket
<b>Gutso</b>	Henkel's Schnitzelseifenpulver	17 Pfennig das Paket

Die vorstehenden Preise gelten auch für Packungen, die noch mit dem früheren Preisaufdruck im Handel sind. Sämtliche Henkel-Erzeugnisse nach wie vor in unveränderter Güte und Vollkommenheit!

Henkel & Cie. A.-G., Düsseldorf

P.305



# Harzburger Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode  
Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

**Bezugspreis** monatlich 1.80 Mark einschließlich Frangierlohn, bei Selbstabholung 1.60 Mark. Erscheint wöchentlich fünfmal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Belegungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegengenommen. Abonnenten und Einzelkäufer: Halberstadt, Dampflag 48, Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Zeitungs- und Druckerei, O. M. S. S. Verantwortlich für Inhalt und Wirtschaft: Arthur Wolkenburg, für den totalen Teil Wilhelm Rindermann, für Redakteur und Leiter: Karl Treff, sämtlich in Halberstadt.

**Anzeigenpreis** die achtspaltige Kolonnenzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Belegzeile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Wöchentlich ist bei der Zahlung vorliegende letzte Rubrik. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gehaltliche nicht übernommen werden. Anzeigen-Aufnahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Dampflag 48 (Fernruf Nr. 2314). Postfachkonto Magdeburg 4626 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 30.

Nr. 7

Donnerabend, den 9. Januar 1932

7. Jahrgang

## Eiserne Front.

### Die Republikaner ergreifen die Offensive.

Das politische Leben Berlins setzte nach dem Weimarerburger Frieden mit einer starken Verjüngung ein. Nicht weniger als 59 Verjüngungen politischer Vereinigungen von rechts und links fanden am Freitagabend in Berlin statt.

### Das Reichsbanner

trat in dem Germania-Saal mit einer nachfolgenden Kundgebung vor die Öffentlichkeit. Als die ersten Töne des Reichsbanners durch den weiten Saal hallen, war ein Raum dreimal so groß als der große Saal in der Chausseestraße nötig gewesen, um den halben Platz zu geben. Das Reichsbanner hatte zu seiner ersten politischen Kundgebung in Berlin in diesem Jahr aufgerufen und die Republikaner waren in Massen dem Ruf gefolgt.

In der Kundgebung nahmen auch Gegner der Republik teil. Harzburger sowohl wie Kommunisten. Sie wurden wegen des Aufbaus der Eisernen Front. Sie sahen, die Begleitung der republikanischen wertigen Vorträge, sie hörten aber auch, daß die Zeiten des Weimarer Vorbeiflusses vorbei sind.

Der Hauptredner der Kundgebung, Regierungsrat Dr. Hans Müller, berief in seinen Ausführungen auf die Reichspräsidentenwahl. Er betonte, daß der Reichspräsident trotz aller politischen Differenzen, die ihn von den Republikanern trennen, als Hüter der Verfassung seine Pflicht getan habe. Ebenfalls stehe er ihm über dem Willen von Schlägen eines Hinters oder Goebbels. Es müßte jetzt klargestellt werden, wie die Republikaner sich zum Reichspräsidenten von Hindenburg stellen. Die Wahl Hindenburgs sei feiner durch die Schuld der Kommunisten erfolgt. Wenn heute die Republikaner die Möglichkeit freier Bestimmung in Deutschland hätten, müßte Hindenburg nicht ihr Kandidat sein. Um aber die Präzedenzfälle eines nationalsozialistischen Vorkandidaten zu verhindern, müßten auch die Republikaner das schwere Opfer bringen, für Hindenburg einzutreten.

Das Reichsbanner merke aber auch die Frage auf, ob es möglich gewesen sei, daß Brüning und Goerner offiziell Hitler ergriffen. Die Massen der Republikaner würden diesen Schritt nicht verstehen. Was sich im Mai auch in Preußen ereignen werde, die Eisernen Front werde Breiten niemals im Stich lassen. Müller schloß mit den Worten: „Die Einbürgerung von 1932 wird fallen, wir will es wollen. Wenn Braun und Goerner nur ein Haar gekrümmt werde, werde der Volkszorn in Deutschland und das Volkstrecht nicht ausbleiben.“

Für die Staatspartei sprach Landtagsabgeordneter Grimes.

Das Mitglied des Bundesvorstandes des Reichsbanners, Dr. Schuler, sprach für die Zentrumspartei. Dem Reichsbanner sei es nicht um die Organisation der Republikaner. Die Gegenstände ergreifere die Gewalt, das Reichsbanner werde dieser Gewalt entgegenzutreten und Gefahr für die Volksrechte abwehren.

## Rücktritt

### Er ist krank. — Laval voraussichtlich seit

Paris, 9. Jan. (Gf). Die Kabinettskrise ist offiziell eröffnet. Am Freitagabend wurde bekannt, daß Laval bereits im Besitz des Demissionschreibens Briands ist, daß er es aber erst in einigen Tagen offiziell bekannt geben wird. Der Entschluß Briands soll dem Ministerratspräsidenten in einer Unterredung mitgeteilt worden sein, die die beiden Staatsämter am Freitagvormittag im Außenministerium hatten. Briand hat dabei, wie verlautet, Laval erklärt, daß er sich gegenwärtig nicht die Strapazen zweier großer internationaler Konferenzen zumuten könne und daß die gebietliche Notwendigkeit, sich einige Zeit auszuruhen, es ihm zur Pflicht mache, sein Amt niederzulegen. Laval hat versucht, Briand von diesem Entschluß abzuwenden, was ihm aber nicht gelungen zu sein scheint. Er hat Briand darauf befragt, ob er den Posten eines Staatsministers und ständigen Vertreters Frankreichs im Völkerbund annehmen würde. Briand hat dieses Anerbieten zwar nicht kategorisch abgelehnt, sich aber eine endgültige Antwort vorbehalten.

Der Ministerratspräsident, über die Richtigkeit dieser von einer Nachschichtengruppe verbreiteten Information befragt, beschränkte sich darauf, zu erklären, daß selbst, wenn ein Demissionschreiben Briands vorläge, er erst am Beginn der nächsten Woche veröffentlicht werden würde. Diese Erklärung scheint eine Befähigung der Information darzustellen.

### Nazi-Verjüngung aufgelöst.

Die erste Berliner nationalsozialistische Massenverjüngung nach dem Bürgerfrieden, in der Dr. Goebbels im Sportpalast sprach, fand ein feierliches Ende. Sie wurde polizeilich aufgelöst. Die Rede Goebbels brachte kaum etwas Neues. Aber von ihm politische Offenbarungen oder wenigstens einige Bemerkungen zur Haltung der Nationalsozialistischen Partei bei den eingeleiteten Verhandlungen über die Reichspräsidentenwahl erwartet hatte, wurde enttäuscht. Goebbels leitete sich dreizehn Angriffe auf den Reichstagsbrüning und den Berliner Vizepolizeipräsidenten Weiß. Der anwesende Polizeikommissar löste daraufhin die Verjüngung auf. Allen Anwesenden nach war es Goebbels gänzlich unangenehm, nicht mehr über die Verhandlungen der letzten Tage sprechen zu müssen. Die Verjüngungsbesucher verließen den Sportpalast ohne Störung.

## Kopferbrechen bei Hitlers

### Heute Abend Antwort.

Von nationalsozialistischer Seite wird mitgeteilt, daß die Harzburger ihre Entschädigung darüber, ob sie dem Plan der Reichsregierung auf Wiederwahl des Reichspräsidenten durch den Reichstag zustimmen werden, heute um 21 Uhr bekanntzugeben gedenken. Im Verlauf des Vor- und Nachmittags werden die Harzburger unter sich beraten. An den Beratungen werden auch die beiden Vorstände des Stützpunkts teilnehmen.

Hitler ist von Brüning und Goerner ausdrücklich dahin informiert worden, daß der Reichspräsident seine Kandidatur zur Wiederwahl durch den Reichstag zurückzieht, sobald von irgend einer Seite irgendwelche Voraussetzungen an die Zustimmung zu seiner Kandidatur geknüpft werden sollten. Auf Grund dessen spricht zur Zeit die größte Wahrscheinlichkeit dafür, daß sich die Parteien schon in wenigen Wochen mitten im Kampf um die Reichspräsidentenwahl befinden. Es gibt zur Zeit nur wenige Stimmen, die vermuten, daß die Harzburger ihre Zustimmung zu der Verlängerung der Amtsperiode Hindenburgs durch den Reichstag bedingungslos geben werden.

Stimmen die Harzburger wider Erwarten dem Plan der Reichsregierung trotzdem zu, so wird die Reichsregierung den Reichstag am 15. Januar einberufen und ihm ein verfassungsänderndes Gesetz, die sogenannte „Lex Hindenburg“ vorlegen, durch das Gesetz wird die Amtsperiode Hindenburgs um sieben Jahre verlängert. Der Reichspräsident würde sich jedoch im gegebenen Falle durch eine Erklärung dem Termin eines eventl. Rücktritts im Eventual- abgesehen abhängig machen. sieben Jahre im



Rücktritt im Eventual- abgesehen abhängig machen. sieben Jahre im

### Kriegsminister? Rabinetts.

Mittwoch, dem Tage von dem Kabinetts der Republik mit der Verfügung. Das entspricht der Vertrauensvotum im Verlaufe, ein Kabinettsformation aufzustellen. Die Regierung möchte — natürlich nur für den Fall, daß die Zweidrittelmehrheit sichergestellt ist — diese Veranlassung aber drei Tage vor Beginn der Reparationsverhandlungen stattfinden lassen. Sie vertritt sich wohl nicht mit Unrecht von dem Verlassen Hindenburgs im Amt eine günstige Wirkung auf die Stimmung der anderen Mächte. Allerdings müßte verhandelt werden, daß die Gelegenheit dann auch zu einer parlamentarischen Schwärze über die auswärtige Politik und besonders über die Reparationsfrage benutzt würde. Das könnte mehr Schaden als Nutzen stiften, und vor allen Dingen soll man sich von vornherein der Illusion enthalten, als ob die Sozialdemokratie etwa für eine gemeinsame Kundgebung mit den Nationalsozialisten zu haben sei. Mit diesen Leuten treten wir, ganz gleichgültig, wie wir zu dem Reparationsproblem an sich stehen, nicht in dieselbe Front.

Aber das sind höhere Sorgen. Einmalen stellt sich abzuwarten, ob die Harzburger sich gegen den einst von ihnen gewählten Reichspräsidenten wenden oder nicht; denn eine Abgabe an die Regierung wäre gleichbedeutend mit einer Stellungnahme gegen Hindenburg.

## Harzburger und Hindenburg.

### Was werden sie tun?

Der Plan der Reichsregierung auf Verlängerung der Amtsperiode des Reichspräsidenten von Hindenburg durch den Reichstag steht weiterhin im Vordergrund der innerpolitischen Erörterungen. Aber noch ist es völlig ungewiß, ob der Plan zur Durchführung gelangen kann oder nicht. Eine offizielle Erklärung der Harzburger liegt bisher nicht vor. Sie ist auch nicht vor Sonnabend nachmittag zu erwarten.

Die Entscheidung, vor die die Nazis und die Harzburger gestellt sind, macht ihnen allerlei Pein, obwohl insbesondere die Nazis so tun, als ob durch die in die erlangene Einladung der Reichsregierung ihre Unentschiedenheit endgültig und unüberdacht erwiesen sei. Man fordert von ihnen, daß sie einem Geleitwort zustimmen, durch den die Amtsdauer des Reichspräsidenten von Hindenburg auf unbegrenzte Zeit, das heißt also zum mindesten theoretisch um weitere sieben Jahre verlängert wird, und die Regierung lehnt es im Einverständnis mit dem Reichspräsidenten ab, auf irgendwelche Bindungen Hitlers und seiner Kampfgenossen einzugehen. Dabei haben die Harzburger feierlich die Mandatsverlängerung für den Präsidenten über, die im Oktober 1922 durch eine Zweidrittelmehrheit des Reichstags bis zum 30. Juni 1925 erfolgte, stets für verfassungswidrig erklärt, ja, sie sind gelegentlich so weit gegangen, die Amtverlängerung über in dieser Zeit als illegal zu bezeichnen. Jetzt sollen sie nun um Hindenburgs willen ihren Standpunkt ändern, und wiederum weiß, wie klar sie bis in die letzte Zeit hinein trotz des hitlerischen Nihilismus an Hindenburg den gegenwärtigen Reichspräsidenten betraut und befristet haben.

Es läßt sich angelehnt dieser Schwierigkeiten verstehen, daß sich Hitler zunächst eine Weilezeit ausbedenkt hat. Er will sie benutzen, um mit seinen Harzburger Partnern Fühlung zu nehmen und so die unangenehme Verantwortung auf mehrere Schultern zu verteilen. Wie sich sein feinerer Bruder und Diktatorfolge Hugenberg zu der Sache stellen wird, ist zunächst noch zweifelhaft. Sowas läßt sich aber durch seine Traktanten verbinden, daß er gegen der Vorladung der Reichsregierung ist. Aber selbst wenn er sich geneigt zeigen sollte, auf die Anregung der Regierung einzugehen, wäre damit die Situation für die Nationalsozialisten kaum erleichtert. Sie haben ihren Anhängern zu oft die Präsidentenwahl als das entscheidende politische Ereignis des Jahres 1932 hingestellt, sie haben sie nicht als der Kern des großen Umwälzungsangehens, als es ihnen selbst fallen könnte, nun auf den Kampf und auf den immer wieder als sicher in Aussicht gestellten Sieg zu verzichten. Die Epochenfrage, die der Staatstrübsinnigen liegen, müssen ebenso wie die SA-Leute noch so sehr bereit sein, an die Weimarerzeit Hitlers und die Unschärfe seiner Entschlüsse zu glauben, aber in diesem Fall würde doch vielleicht die unbedeutsame Frage auftauchen, ob hier nicht ein nicht gerade rühmlicher Rückzug vorgenommen wird und ob die großen Worte, mit denen der Wahlsieg verherrlicht wurde, nicht doch mit der inneren Überzeugung des „Führers“ in Widerspruch gestanden haben.

Unter diesen Umständen ist damit zu rechnen, daß Hitler nachträglich doch noch den Versuch macht, bei der Regierung eine Bestätigung für eine Zustimmung zu dem Plan herauszufolgern. Aber der Reichstagsminister wird sich solchen Vermittlungen mit einer in derartigen Fällen. Schon um des Reichspräsidenten willen, dem er nicht nachsagen lassen darf, daß das Opfer, das er zweifellos mit der Verlängerung seiner Amtsdauer bringt, durch irgendwelche Zugeständnisse an irgend eine Partei entwertet worden sei. Dann aber auch, weil in demselben Augenblick, in dem Bedingungen und Forderungen der Nationalsozialisten erfüllt werden, von der Mitwirkung der Sozialdemokratie keine Rede mehr sein könnte.

Brüning hat den Nationalsozialisten den Sonnabend als Termin für die Erteilung ihrer Antwort gestellt. Vielleicht wird die Frist noch etwas verlängert, aber viel Zeit steht nicht mehr zur Verfügung. Am kommenden Dienstag tagt der Reichstagsausschuß um über den kommunalistischen Antrag auf Einberufung des Reichstages abzusprechen. Das wäre dann auch der Zeitpunkt, an dem festgestellt werden könnte, ob es einen Sinn hat, das Parlament zur Bestätigung über ein Gesetz zur Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten zumuteten zu lassen.

Die Regierung möchte — natürlich nur für den Fall, daß die Zweidrittelmehrheit sichergestellt ist — diese Veranlassung aber drei Tage vor Beginn der Reparationsverhandlungen stattfinden lassen. Sie vertritt sich wohl nicht mit Unrecht von dem Verlassen Hindenburgs im Amt eine günstige Wirkung auf die Stimmung der anderen Mächte. Allerdings müßte verhandelt werden, daß die Gelegenheit dann auch zu einer parlamentarischen Schwärze über die auswärtige Politik und besonders über die Reparationsfrage benutzt würde. Das könnte mehr Schaden als Nutzen stiften, und vor allen Dingen soll man sich von vornherein der Illusion enthalten, als ob die Sozialdemokratie etwa für eine gemeinsame Kundgebung mit den Nationalsozialisten zu haben sei. Mit diesen Leuten treten wir, ganz gleichgültig, wie wir zu dem Reparationsproblem an sich stehen, nicht in dieselbe Front. Aber das sind höhere Sorgen. Einmalen stellt sich abzuwarten, ob die Harzburger sich gegen den einst von ihnen gewählten Reichspräsidenten wenden oder nicht; denn eine Abgabe an die Regierung wäre gleichbedeutend mit einer Stellungnahme gegen Hindenburg.